

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 4 Pf. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark. Pr. Monat. Eingetr. in der Post-Verwaltung-Preisliste für 1894 unter Nr. 6919.

Vorwärts

Infektions-Gebühr beträgt für die fünfgehaltene Zeitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Interzelle für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Correspondenz: Amt 1. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 28. Februar 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Wir ersuchen alle unsere Freunde und Genossen, nach Kräften für die Erweiterung unseres Abonnentenkreises zum 1. März thätig zu sein. Es ist das eine Parteilichkeit. Die Hauptstärke einer Partei liegt in ihrer Presse — je mehr Leser ein Blatt hat, desto größere Macht hat es, und wer dem Partei-Organ neue Leser zuführt, stärkt danach die Partei.

Mit dem 1. März eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“ Berliner Volksblatt

mit der illustrierten Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren, sowie unsere Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus, wöchentlich 28 Pfennige.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

1,10 Mark für den Monat März entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1894 unter Nr. 6919.)

Neu hinzutretenden Abonnenten wird der bisher erschienene Theil des Romans

„Helene“

von Minna Kautsky

auf Verlangen gratis nachgeliefert.

Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Die Ausbeutung der anarchistischen Attentate in Frankreich.

Seit dem Monat November folgen die anarchistischen Attentate mit verzweifelter Regelmäßigkeit: die Bevölkerung erschreckend und das Ministerium stänkend, das seine Festigkeit, ja seinen Bestand nur diesen Attentaten verdankt. Es ist ein wahrer Wahnsinn. Wie verschiedene Zeitungen schon hervorzuheben haben, kann man das Verbrechen Vaillant's verstehen — es ist wenigstens ein politisches Attentat. Vaillant wollte die treffen, welche für die Aufrechterhaltung der Bourgeoisie-Ordnung verantwortlich macht. Aber was soll man von Léauté sagen, der in ein Wirthshaus geht und einen

wohlgelabelten Mann niedersticht, bloß weil er aussieht wie ein Bourgeois?)

Emil Henry ist noch verrückter: er geht einen ganzen Abend mit einer Bombe spazieren; von dem Opernhause zurückgewiesen, in das er eindringen wollte, wandert er von Kaffeehaus zu Kaffeehaus, einen Ort suchend, wo viel Menschen sind, um ihn zum Schlachtfeld zu machen, und gelangt schließlich in das Terminus-Hotel, wo er eine genügende Zahl von Opfern vorfindet. Die Bomben, die man in zwei Hotel Garnis der bevölkerten, und durchweg von armen Leuten bewohnten Stadttheilen entdeckt, und deren Explosion den Tod einer unglücklichen Portierfrau verursacht hat, sind noch weit unverständlicher.

Wir sehen nicht mehr vor politischen Attentaten, sondern vor Handlungen verbrecherischer Tollheit, wie die Thaten Jacq's des Bauchschlagers, oder des Kaisers Caligula, der tödtete um zu tödten, und der sich wünschte, das das römische Volk nur einen Kopf habe, damit er ihn abschlagen könne.

Wenn die anarchistischen Attentate Raserei sind, so ist ihre politische Ausbeutung nicht minder Tollheit. Das Ministerium thut alles, was in seiner Macht liegt, um den Schrecken des Publikums zu vermehren, auf daß es sich als Kettler des gesellschaftlichen Friedens hinstellen kann. Es ordnet Massenhaftungen und Massenverhaftungen in ganz Frankreich an: mehr als 2000 werden in den ersten Tagen des Januar vorgenommen, und diese gewaltige Polizeithätigkeit verhindert kein einziges Attentat, beugt keinem einzigen vor; sie beweist im Gegentheil, daß die Polizei, welche so viele Todspiegel unter den Anarchisten hat, diejenigen nicht kennt, welche die Lehren der Polizeispione in Handlungen umsetzen. Sie kannte weder Léauté noch Emil Henry, und wenn der Zufall ihr nicht zu Hilfe kommt, wird sie niemals die Urheber der zwei letzten Attentate entdecken. Raynal, der Minister des Innern, der durch seine verbrecherischen Konventionen (Verträge) mit den großen Eisenbahngesellschaften den Staat um mehr als eine Milliarde betrogen hat, benutzte diese anarchistischen Verbrechen, um Popularität zu erlangen; er bejuchete die Opfer, vertheilte einige hundert Franken an öffentlichen Kassen und untersuchte die Mordstätten mit einer solchen Wichtigkeit, daß man meinen sollte, seine bloße Gegenwart genüge, um die Wunden zu heilen und die Ordnung wieder aufzurichten. Die anarchistischen Bomben bereiten den Ministern glückliche Tage. Die Abgeordneten sind vom Schrecken beherrscht, sie fürchten einen neuen Vaillant, der sie dynamiten will. Ein Abgeordneter ließ gestern drei Personen auf der Straße verhaften, weil er eine von ihnen hatte sagen hören: wir lassen ihn springen! Das Verhör ergab, daß man einen glücklichen Vater gepöckelt hatte, der mit seinen zwei Zeugen nach dem Standesamt gehen wollte, um die Geburt eines Sohnes anzugeben, den er bei der Taufe „springen lassen“ wollte!

1) Das Opfer, das beiläufig wieder genesen ist, war ein armer Tenschel, welcher in der jerbischen Gesandtschaft eine Sekretärstelle bekleidet und arm ist wie eine Kirchenmaus. Die Geschworenen haben Léauté mildernde Umstände zugebilligt und ihn nicht zum Tode verurtheilt.

2) Die Pariser, welche sich über alles belustigen, haben herausgefunden, daß die Namen der Minister des Cabinets Casimir

Niemand wagt die Regierung anzugreifen, und wenn ein Abgeordneter eine ihrer Handlungen zu besprechen wagt, sorgt er dafür, merken zu lassen, daß seine Opposition nicht der Art sein solle, eine Ministerkrise herbeizuführen.

Die gesammte Bourgeoisie begrüßt mit Freuden die Attentate, nicht allein weil sie den Verkauf ihres Papiers fördern, sondern auch, weil sie ihr Waffens zum Angriff auf die Sozialdemokratie liefern. Der Sozialismus ist für alle anarchistischen Verbrechen verantwortlich. Die Sozialisten entflammen durch ihren Klassenkampf und das Versprechen unsinniger Reformen die Begehrlichkeit der Arbeiter und erregen den Haß der Armen gegen die Reichen — dies wiederholt der „Temps“ Tag für Tag und die Reute der Bourgeoisblätter wiederholt es im Chor. Man durchwühlt die sozialistischen Schriften, um strafbare Ausdrücke herauszufingeln, man verkrüppelt und fälscht die Bitate und schießt aus ihnen die verrücktesten Schlässe.

Aber trotz der besten schlechten Absicht konnten die Schnüffellanten und Denunzianten noch keinen einzigen Satz aus Deville's, Vaillant's, Quesde's oder Lafargue's Schriften herausfinden, der die Anwendung von Sprengstoffen oder den Angriff auf Personen empfiehlt. Sie glaubten zu triumphiren, als sie entdeckten, daß der Kochtopf-Vaillant vor ungefähr zehn Jahren der sozialistischen Gruppe angehörte, von der er sich aber längst vollständig getrennt hatte.

Sie fanden sich jedoch sehr bitter getäuscht, als es bekannt wurde, daß Pfaffen keine Erzieher gewesen waren. Das ist überhaupt nichts Vereinzelltes. Sebastian Faure, der Führer der Anarchisten, der soeben verhaftet ward, ist von Jesuiten erzogen worden und sollte geweihter Priester werden; allein er verließ das Kloster um Handel und Würfelspekulation zu treiben. Mennier, der Anarchist aus Nantes, ist ein aus dem Kloster ausgetretener Mönch; Gynocq, der augenblicklich wegen des Lyoner Attentats im Bagno steckt, ist in der katholischen Schule erzogen worden und war Mitglied der Gesellschaft des heiligen Vincent von Paula. Die Entsagung, die in den katholischen Schulen gepredigt wird, geht zur Anarchie geführt.

Die Bourgeois-Politiker hoffen, den Sozialismus in der öffentlichen Meinung vernichten zu können, indem sie ihn mit dem Anarchismus zusammensetzen; aber die Gemeinde- und Parlamentswahlen, die vorigen Sonntag in Paris und in der Provinz stattfanden, haben ihnen gezeigt, was für einen Erfolg sie mit diesem Spitzbuben-Kniff gehabt haben. Im Gard-Departement

verlor die anarchistischen Attentate vorausbedingten. Man entdeckte in ihnen die fürchterlichen Worte: „Vive la bombe“. (Es lebe die Bombe):

- Viger
- Mero Ier
- Lefo Vre
- Spuller
- Rayna L
- Jonn Art
- Burdeau
- Dubost
- Marty
- Le Bon
- Perier

2) Bagno ist Kerker für Galeerensträflinge.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

[Alle Rechte vorbehalten]

Helene.

[54]

Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky.

Und nun sprachen einen Augenblick wieder Alle erregt durcheinander über den Terrorismus der Regierung, die unbestimmt um die Gerichtshöfe und ihre Urtheile. Diejenigen beseitigt, die sie beseitigen will, indem sie sie auf administrativem Wege nach Sibirien schickt.

Dies Boos, das Tausende schon getroffen, war auch der Cassulitsch bestimmt gewesen, aber es war ihren Freunden geglättet, sie demselben zu entreißen.

Wir, eine Anzahl Studenten, hatten sie vor dem Justizgebäude auf der Straße erwartet, nahm Georg nun wieder das Wort, als wir aber einen Wagen unter Bedeckung von Gen darmen herauskommen sahen, wußten wir sofort was das zu bedeuten habe. Wir stürzten uns auf denselben und haben sie jubelnd befreit. Alle Thüren öffneten sich ihr und alle Herzen ... Trost der Raserei, die sich damals der polizeilichen Organe bemächtigt hatte, die Himmel und Hölle in Bewegung setzten, um ihrer habhaft zu werden, blieb sie doch durch Wochen in Petersburg verborgen, bis es ihr endlich möglich wurde, und zwar unter Mithilfe eines hohen Wärdenträgers, nach Genf zu entkommen.

„Dort lebt sie seitdem?“ fragte Helene. „Nermlich und bescheiden“, versicherte Lazar, der sie vor einigen Wochen besucht hatte. „Sie liebt es nicht, sich öffentlich zu zeigen, obwohl sie der Gegenstand einer abgöttischen Verehrung geworden ist.“

„Sie ist unsere Heilige“, sagte Georg mit einem schönen Blick, „aber sie will nichts davon wissen; sie ist nicht für den Ruhm gemacht, er wird ihr lästig, und so

weist sie alle Ehren beharrlich zurück. . . Ganz erfüllt von den Prinzipien der Freiheit und Gleichheit will sie nur ein Mensch unter Menschen sein.“

„Der Hauptzug ihres Charakters scheint der unendlicher Güte zu sein,“ sagte Sofia Alexandrowna.

„Der Hauptzug ihres Charakters ist Originalität,“ sagte Bijanoff.

„Ach was, das versteht sich von selbst,“ fiel jetzt der kleine Pirogow, der bislang geschwiegen hatte, in tölpischem Ungestüm ein.

Original sind wir alle, so lange wir uns nicht zu den Affen des Westens machen. . . ganz Rußland ist originell, seine Lage, seine Verhältnisse, seine Lebensbedingungen — alles, alles! Freilich, wer kümmert sich darum? Wer studiert das? Die Cassulitsch hat diesen Erfolg gehabt, weil sie nur aus sich heraus gehandelt hat, als eine echte Russin — das müssen auch wir thun. Aber da studirt alles Bude und Stuart Mill — Herbert Spencer, Karl Marx und was weiß ich; das sind Euch gute Bekannte; die Entwicklung des Westens ist Euch allen geläufig, aber wer von Euch kennt Rußland und seine Eigenart? Da liegt der Fehler — das muß anders werden und zwar bald. . . Daran liegt es ja eben, weshalb unsere Leute, die in die Dörfer gehen, so wenig Erfolg haben. Was wissen sie von den Bauern? Sie wissen nicht einmal, was sie mit ihnen reden und anfangen sollen.“

„Wir wissen eben, daß mit ihnen nichts anzufangen ist,“ entgegnete Ostrowski schlagfertig wie immer, „wir haben einer dummen, stumpfsinnigen und devoten Masse gegenüber gestanden, die das Bildniß Bäterchens abkühlt und vor ihm auf den Knien rutscht, diese Menschen nehmen ihr Glend wie eine Schidung hin, aus dem sie nur der Zar erretten kann oder ein Wunder.“

„Gut, und wenn es so ist,“ rief Pirogow und schlug zornig mit dem Stock, den er wieder ergriffen hatte, auf den Boden, „wenn eine Volkserhebung nicht anders zu er-

reichen ist, dann muß das Wunder eben vollbracht werden, es muß inszenirt werden.“

Ein lauter Protest der Anwesenden, dem sich auch die Damen anschlossen, ließ ihn nicht weiter werden.

„Nein, nein, so geht es nicht — niemals wird ein Volk durch ein Wunder befreit werden — niemals durch eine Lüge! —“

„Aber wir müssen und müssen nun einmal aus dieser Lage herauskommen!“ schrie der Kleine und stampfte mit Stock und Fuß auf den Boden.

„Nur durch eine große Umwälzung wird dies möglich sein,“ sagte Lazar mit ruhiger Bestimmtheit.

„Beseitigt den Einen und die Umwälzung ist da,“ rief Atschin, ohne eine Geste zu vollführen, aber in seinen grauen Augen lodert ein Feuer auf, bestimmt auch andere zu entzünden.

„Dann haben wir eine Erregung, keine Umwälzung und auf den Einen folgt ein Zweiter. Nein, die Umwälzung, die ich meine, wird nur durch eine allgemeine ökonomische Umgestaltung erfolgen. Sie macht sich ja auch bei uns schon bemerkbar, sie bringt das Arbeiterproletariat hervor, sie vermehrt es stetig. Auf diese kraftvolle revolutionäre Klasse müssen wir uns stützen, wenn wir vorwärts kommen wollen, diese müssen wir aufzuklären und zu organisiren suchen und mit der westeuropäischen Arbeiterbewegung in Verbindung bringen.“

„Aha, alles im Sinne und nach dem Vorbild des Westens,“ höhnte Pirogow, „aber dafür werdet Ihr die russischen Bauern niemals gewinnen — das sage ich Euch.“

„Dann werden wir sie einstweilen bei Seite lassen,“ versetzte Georg Andrejewitsch in seinem sanften melodischen Ton und doch sehr entschieden. „Lazar hat Recht, wir müssen uns an die Arbeiter halten; bei ihnen finden wir Auffassung und Beständnis, und es wird wachsen mit dem zunehmenden Industrialismus Rußlands. Ich behaupte schon heute, wenn so viel Mittel und Energie zur Propaganda

haben die 9 sozialistischen Kandidaten über 8000 Stimmen auf sich vereinigt, während der opportunistische Gegner nur 3500 erhielt.

In Marseille, in dem Wahlkreise des früheren Ministers Peytral, der zum Senator ernannt worden, vereinigte der sozialistische Kandidat Carraud im August vorigen Jahres nur 440 Stimmen auf sich, und letzten Sonntag erhielt er 4928 Stimmen gegen 4271 opportunistische. Diese Wahl ist von besonderer Wichtigkeit, denn Carraud ist ein Lehrer, der wegen sozialistischer Umtriebe abgesetzt worden ist. Die Marsellier wollten damit der Regierung eine Lektion geben.

In Paris waren sechs Gemeinderäte neu zu wählen; nur in drei Wahlkreisen wagten es die Herren Bourgeois, den Kampf anzunehmen; ihre Kandidaten erhielten 5140 Stimmen, hingegen die Sozialisten 20 735 in den sechs Wahlkreisen.

Das Ministerium und die Presse mögen den Sozialismus verleunden und „tödten“ so viel sie wollen, trotzdem macht er tagtäglich Riesenschritte.

Gallus.

Zur Sonntagsruhe in der chemischen Industrie.

Im Reichsamte des Innern begann heute die Enquete über die Ausnahmebestimmungen von der Sonntagsruhe für die chemische Industrie, morgen dürfte sie abgeschlossen werden. Die Verhandlungen wurden überaus schnell betrieben, so daß die schwierigen technischen Fragen nicht mit der nötigen Gründlichkeit erörtert wurden.

Anwesend waren 67 Personen, darunter 23 Vertreter der Reichsregierung und der Einzelstaaten, unter denen wir den Vorsitzenden Unterstaatssekretär v. Rottenburg, einige Gewerbe-Aufsichtsbeamte, Vertreter des Reichs-Gesundheitsamtes, und charakteristischer Weise einen der größten chemischen Unternehmer, Reichstags-Abgeordneten Siegle, als Vertreter der württembergischen Regierung hervorheben wollen, außerdem eine größere Anzahl Unternehmer und Arbeiter.

Die Auswahl der Arbeiter hat nach verschiedenen Grundsätzen stattgefunden, in Berlin wurde die Arbeiterorganisation in die Lage versetzt, ihre Vertreter vorzuschlagen und die Vorschläge wurden auch berücksichtigt. Leider ist dieser Fall aber nur eine Ausnahme. Ganz anders verfuhr man z. B. in Vornburg im Anhaltischen, dort wurde ein Vorarbeiter als „Arbeitervertreter“ einfach von der Direktion der Solvay-Werke designiert. Ähnlich scheint auch bei den meisten anderen Arbeitervertretern die „Wahl“ stattgefunden zu haben, denn Vertreter von Arbeiterinteressen waren es nicht, die leider, scheinbar im Namen von Arbeitern, das Wort nahmen. Fast sämtliche „Arbeiter“ beschränkten sich darauf, die Meinung der hochmögenden Herren Unternehmer mit unterthänigem Respekt und einfacher Wiederholung des Unternehmerstandpunktes zu bestätigen, sobald die Regierung sich in der Glorie ihrer Arbeiterfreundlichkeit zeigen konnte. Wurden doch die meisten ihrer durch die Sachverständigen und Gewerbe-Aufsichtsbeamten begründeten Vorschläge auf teilweise Durchführung der Sonntagsruhe von Unternehmern und Arbeitern gemeinsam als un-durchführbar bezeichnet. Bloß in bezug auf die Schwefelsäure- und vor allem bei der Ammoniakfabrikation wurde der Standpunkt der Arbeiter gewahrt.

Erledigt wurden heute die Schwefelsäurefabriken, die Fabriken zur Herstellung von Schwefelsäure-Monohydrat, Schwefelsäure-Anhydrid, Sulfat und Salzsäure, Soda, Pottasche, Natrium, Chloralkali und Chlorwasser, Blutlaugen- und Rhodanalkali, Ammoniak und Ammoniaksalze, doppelt kohlensaures Salz, Wasser-glas, übermangan-saures Kali, Schwefelnatrium, Chlor-barium, Alun und Thonerde-Präparate, endlich die Chromat- und Antichlorfabriken.

Die von der Regierung vorgeschlagenen Bedingungen, unter denen Sonntags gearbeitet werden darf, zerfielen im wesentlichen in folgende drei Gruppen:

1. Die den Arbeitern zu gewährenden Ruhe hat mindestens zu dauern:

a) für das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest 24 Stunden,

b) im Uebrigen — mit Ausschluß der in die bezeichneten Feste fallenden Sonntage —

entweder für jeden zweiten Sonntag 24 Stunden,

oder für jeden dritten Sonntag 36 Stunden,

oder, sofern an den übrigen Sonntagen die Arbeitsschichten nicht länger als 12 Stunden dauern, für jeden vierten Sonntag 36 Stunden.

Der Reichskanzler ist besorgt, Abweichungen von der Bestimmung unter b) hinsichtlich der Dauer der Ruhezeit zuzulassen; dieselbe muß jedoch für jeden Arbeiter mindestens die Gesamtdauer seiner auf die zwischenliegenden Sonntage fallenden Arbeitszeit erreichen.

unter den Arbeitern verwendet worden wären, wie unter den Bauern, so wären wir weiter.

Ein lautes Weinen vom Fenster her schnitt alle weiteren Ausführungen rasch ab.

Die Blicke wendeten sich dahin und Alle mußten lachen, als sie Kola vor dem Sessel wie angewurzelt stehen sahen, als könne er sich absolut nicht rühren, Gesicht und Hände mit Pflanzenmus verschmiert.

Das Lachen schien ihn zu reizen und er schrie noch lauter:

„Ich habe zu viel gegessen.“

„Wer hat Dir das erlaubt?“ rief sein Papa, auf ihn losstürzend.

„Warum haben sie das Gute vor mir hingestellt?“ brüllte er.

„Der Junge sieht nett aus,“ sagte Nina, die näher zusah.

„Und der Spencer hat auch seinen Theil,“ lachte Ostrowski.

Nina, Helena und Sofia, Pisanoff und Ostrowski, der Kinderfreund, bewachten sich um den Knaben.

Er sollte gewaschen und dann gleich fortgebracht werden.

Atschin war von seinem hohen Sitze herabgesprungen und näherte sich Tania, die ihr Kissen zurechtgeschoben und sich wieder darauf niedergelassen hatte.

Sie, Atschin und Lazar sprachen nun leise miteinander, während Pirogow grollend und in sich hineinmurmelnd auf seinem Platze sitzen blieb.

Tania hatte Atschin das Zeitungsblatt zugeschoben und fragte ihn, der die Agrarverhältnisse Rußlands sehr wohl kannte, ob diese Berichte über die verzweifelte Lage des Bauernstandes nicht vielleicht übertrieben seien.

Atschin zuckte die Achseln und lächelte kalt: „Das Schlimmste will man sich doch nicht eingestehen.“

„Also die bäuerliche Gemeinde?“

„Zerfällt.“

„Die Bauern —?“

„Verhungern.“

„Wie ist das möglich, bei dem fruchtbarsten Boden?“ forschte Tania weiter.

„Er wird nicht mehr gedüngt dieser Boden. . . der Mucker hat dem Bauern das letzte Stück Vieh aus dem Stalle gepöndelt — jetzt kann er sich selbst vor den Pflug spannen. . . die Pflücker nehmen zu — die Hungerer-

Ablösungsmannschaften dürfen je 12 Stunden vor und nach ihrer regelmäßigen Beschäftigung zur Arbeit nicht verwendet werden.“

Die den Ablösungsmannschaften zu gewährenden Ruhe hat mindestens das Maß der den abgelassenen Arbeitern gewährten Ruhe zu erreichen.

2. Die den Arbeitern zu gewährenden Ruhe hat mindestens zu dauern:

für Einzel-Sonn- und Festtage

entweder für jeden zweiten Sonn- oder Festtag 24 Stunden,

oder für jeden dritten Sonn- oder Festtag 36 Stunden,

oder, sofern die Dauer der Arbeitsschichten an den übrigen Sonn- oder Festtagen 12 Stunden nicht überschreitet, für jeden vierten Sonn- und Festtag 36 Stunden;

für Doppelfesttage und für zwei auf einander folgende Sonn- und Festtage

entweder 30 Stunden,

oder 24 Stunden, in welchem Falle aber in der Zeit von 6 Uhr Abends des vorhergehenden Werktages bis 6 Uhr Morgens des nachfolgenden Werktages insgesamt mindestens 36 Stunden arbeitsfrei bleiben müssen.

Die Dauer der Arbeitsschichten darf 18 Stunden nicht überschreiten.

Ablösungsmannschaften dürfen je 12 Stunden nach und vor ihrer regelmäßigen Beschäftigung zur Arbeit nicht verwendet werden. Die denselben zu gewährenden Ruhe muß mindestens das Maß der den abgelassenen Arbeitern gewährten Ruhe erreichen.

3. Die den Arbeitern an den Schmelz- und an den Kalzinier-Ofen zu gewährenden Ruhe hat mindestens zu dauern:

a) für das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest sowie für zwei auf einander folgende Sonn- und Festtage

entweder 36 Stunden,

oder für jeden der beiden Tage 24 Stunden,

b) für Einzel-Sonn- oder Festtage

entweder an jedem Sonn- und Festtage 24 Stunden,

oder für jeden zweiten Sonn- oder Festtag 36 Stunden.

Die Unternehmer erklärten, daß selbst diese geringe Ruhezeit für ihre elend entlohnerten, in Gift geschwängerten Räumen arbeitenden Leute nicht durchgeführt werden soll, weil dies zu große Aufwendungen an — Kohlen und Einbußen an Profit zur Folge haben würde.

In der einen Waagschale die Gesundheit der Arbeiter, in der anderen einige Prozent des Unternehmergewinn, und pestgeschwind schnell die Waagschale mit der Gesundheit der Arbeiter, als die bedeutend leichtere in die Höhe, daß war das sozial-lehrende Bild der heutigen Verhandlungen.

In bezug auf die Schwefelsäurefabrikation äußerten die Unternehmer, daß der Betrieb am Sonntag nicht unterbrochen werden könne, selbst für das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest wollten sie die von der Regierung vorgeschlagene 24stündige Pause nicht zugestehen. Auch für die Ruhezeit von 24 Stunden an jedem zweiten oder 36 Stunden an jedem dritten Sonntage ließen sich die Unternehmer nicht gewinnen.

Die Arbeiter erklärten hingegen, daß die Dusen durch Schieber wohl abgestellt werden könnten und daß demnach eine allgemeine 12 stündige Arbeitsruhe am Sonntage und eine 18 stündige an den großen Feiertagen wohl eintreten könne. Die Unternehmer weigerten sich aber dies zuzugestehen, weil angeblich beim Schichtenwechsel zu große Schwierigkeiten entstehen würden. Die Regierungsvertreter wiesen darauf hin, daß Abstellung der Dusen häufig im Betriebe stattfindet und deshalb auch am Sonntag wohl möglich sei.

Bei Besprechung der Verhältnisse in den Ammoniakfabriken trieb der Berliner Arbeiter-Vertreter Gerber den Vertreter der Unternehmer, welcher die Durchführung der Sonntagsruhe für unmöglich erklärte, gehörig in die Enge; er wies nach, daß in dem Betriebe, in welchem er arbeitet, in der englischen Fabrik in Nieder-Schönweide, die Sonntagsruhe vollständig durchgeführt werden konnte.

Morgen Fortsetzung der Enquete.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 27. Februar.

Aus dem Reichstage. Die Fortsetzung der Handelsvertrags-Debatte brachte heute zunächst eine Rede des Herrn von Kardorff für seinen Antrag auf Einführung einer nach dem jeweiligen Valutastande gleitenden Zollskala.

Nach Kardorff ergriff der Reichskanzler das Wort, um

noth ist da — die schrecklichsten Epidemien in ihrem Gefolge — das Land wird zur Wüste —“ Er hielt inne, als schnürte es ihm die Brust zusammen. Dann wandte er sich um gegen Lazar und heifer, noch ohne Ton, aber in schneidiger Schärfe höhnte er: „O, wir wissen das Alle, aber wir wollen noch warten, geht? Das bäuerliche Rußland verthiert, verhungert, verseucht, unser gesundes kräftiges Volk wird in seiner Kindheit erdroffelt — aber wir leben im Auslande, wir treiben gelehrte Studien und vergnügen uns und sprechen von seiner Entwicklung!“ Es schien, als wolle er lachen, aber es war nur ein Krampf, der seine Hüfte verzerrte — dann sagte er plötzlich Lazars Hand und sah ihn an mit seinen tiefen Augen — „Wenn Du wirklich Gefühl hättest für die Leiden des Volkes, dann müßtest Du denken wie ich — nur ein Gewaltreich bringt Rettung!“

„Nein,“ antwortete Lazar in energischer Abwehr, „niemals!“

Helene trat in diesem Augenblick mit der Meldung zu ihnen, daß ein Telegramm für Dobuloff da sei.

Der Bote, der ihn nicht zu Hause angetroffen hatte, war hierher gekommen und wollte es ihm selbst eingehändig.

„Ein Telegramm?“ fragte Tania.

„Wahrscheinlich von Krapotkin,“ sagte Lazar, „er wird sein Ausbleiben entschuldigen.“

Der Bote war zu ihm getreten, erhielt den Lohn und die Unterschrift und entfernte sich wieder.

Lazar erbrach das Telegramm und las.

Die Farbe wich von seinen Wangen, von seinen Lippen selbst, während seine Augen starr und glanzlos auf diesen Zeilen harrten, die eine Welt des Schmerzes zu enthalten schienen.

„Was ist's,“ fragte Sofia, die Nina und Pisanoff hinausgeleitet hatte und nun zurückkam.

Lazar erbeute bei dem hellen ruhigen Klang dieser Stimme. Mit krampfhaften Fingern preßte er den Zettel zusammen.

„Nichts,“ sagte er mit gewaltsamer Anstrengung über sich selbst, aber ohne sie anzusehen, „ich muß schleunig darauf Antwort geben.“

Er nahm seinen Hut und ging hinaus, mit dem unsicheren Schritt eines Trunkenen.

Atschin eilte ihm nach und erreichte ihn bald.

(Fortsetzung folgt.)

zunächst den Gerüchten wegen angeblicher Meinungsverschiedenheiten im preussischen Ministerium entgegen zu treten.

Bundesrath wie Ministerium haben dem Vertrag einstimmig zugestimmt und der Kaiser sei von der absoluten Nothwendigkeit der Vertragsannahme durchdrungen.

Diese mit erhobener Stimme und in positiver Form vorgetragenen Erklärungen wirkten auf die Rechte ersichtlich recht unbequem, aber sie dürften nicht nur für die konservativen Freunde sondern auch für gewisse Ministerhotels bestimmt gewesen sein.

Besonders hob der Kanzler noch die Bedeutung des Vertrages für die Fortdauer des europäischen Friedens hervor, wobei er mit Bescheid darauf hinwies, daß in dem Vertrag erreicht sei, was alle früheren preussischen Staatsmänner, Bismarck nicht ausgenommen, vergebens angestrebt haben, die Vereinzelnung Rußlands in den europäischen Zoll-, Handels- und Wirtschafts-Verband.

Auf den Kanzler folgte der Antisemit Dr. König. Das Komische an der Rede dieses anscheinend sehr unschuldigen Herrn war, daß er dem Hause fortgesetzt von seinen Wahlreden in den Kreisen erzählte, wo er durchgefallen ist.

Eine Zwischenbemerkung Singers, die allerdings keine Schmeichelei für die Antisemiten war, trug unserem Genossen einen Ordnungsruf ein, und gab außerdem den Antisemiten, von Hammerstein bis Liebermann von Sonnenburg, Gelegenheit, sich in den bekannten Grunz-Laute zu produzieren.

Eine in allen Farben schillernde Rede hielt Herr von Bennigsen. Dieser Politiker soll die Absicht haben, sich von politischen Leben zurückzuziehen und eine dahin zielende Andeutung enthielt auch seine heutige Rede. Sonst sprach der Redner für den Vertrag, vermied es aber, für seine Partei eine Erklärung abzugeben. In der Fraktion Drehscheibe scheint man also noch nicht zu wissen, was man will. Da die Mehrzahl dieser Herren mit Hilfe der Antisemiten und Bauernbündler gewählt ist, so erklärt sich deren unsichere Haltung. Bennigsen meinte, daß ohne Beseitigung der Staffeltarife und Aufhebung des Identitätsnachweises eine Majorität für den Vertrag überhaupt nicht zu haben sei.

Um 5 Uhr erhielt der „Bauer“ auch das Wort, um seinen Vortrag aus den Wanderversammlungen des Bauernbundes auch im Reichstage zu wiederholen.

Morgen wird Dr. Lieber den Reigen eröffnen und dann auch unser Redner, Schulze-Königsberg, an die Reihe kommen.

Die Unabhängigkeit der Reichstags-Abgeordneten scheint in Frage gestellt zu sein. Das „Volk“ theilt nämlich das Folgende mit:

„Wie wir von verschiedenen Seiten erfahren, hat eine Anzahl von konservativen Reichstags-Abgeordneten in Konsequenz einer auf dem Diner des Ministerpräsidenten Grafen Guleburg gehaltenen Aeußerung des Kaisers ihr Abschiedsgesuch als Offiziere der Reserve oder der Landwehr eingereicht. Sie haben es damit begründet, daß sie nach jener Aeußerung des Kaisers ihre parlamentarischen Pflichten mit ihrem Verhältniß zur Armee nicht mehr in Einklang zu bringen vermöchten.“

Wenn die Abgeordneten nun ihr Abschiedsgesuch nicht bewilligt erhalten, müßten sie das Mandat für den Reichstag ablehnen und so bei einer der wichtigsten Abstimmungen fehlen. Daß dies für die Wähler von großem Schaden sein kann, daß die Abstimmungen des Reichstages dadurch in hohem Maße beeinflusst werden können, bedarf nicht näher auseinanderzusetzen zu werden. Für die Wähler aber ist dies eine neue Mahnung, bloß gänzlich unabhängigen Personen ihr Vertrauen zu schenken.

Herr Nicker hat die letzte Barriere, die ihn noch von den Nationalliberalen der untersten Etage trennte, jetzt glücklich übersprungen und den letzten Rest von Liberalismus von sich geworfen. Er tabelte gestern die Regierung, daß sie von ihren Beamten nicht blinden Gehorsam heiße und sie nicht genug für die Regierungspolitik agitiren lasse. Er war also gouvemenentaler als das Gouvernement. Und stellte sich damit vollständig auf den Standpunkt des Fürsten Bismarck, der keinen Beamten anstellte und im Amte duldete, der nicht streng militärisch Ordre parierte. Daß Herr v. Caprivi in diesem Punkte etwas liberaler denkt, sollte einem Liberalen wie Herrn Nicker eigentlich gefallen — er verurtheilt aber die Praxis des konservativen Herrn v. Caprivi — sie ist dem liberalen Herrn Nicker zu liberal.

Kann die politische Verkommenheit unseres Bürgerthums zu drastischerem Ausdruck gelangen? —

Gegenüber dem tollen Geschrei der Agrarier, der deutsch-russische Handelsvertrag sei eine entwürdigende Konzeption an Rußland — die „Belohnung der Weltkriege“ —, sei darauf hingewiesen, daß die englische Presse, die in dieser Frage wohl die urtheilsfähigste ist, durchweg den Vertrag als einen großen Fortschritt begrüßt, und daß das Hauptorgan der Konservativen, der scharf russenfeindliche „Standard“, dem Grafen Caprivi in einem langen Leitartikel das Kompliment macht, durch Bähigkeit Rußland auf die Knie gebracht zu haben (brought on her knees). Das ist nun insofern nicht richtig, als die wirtschaftlichen Verhältnisse es waren, die Rußland „auf die Knie brachten“, und nicht Graf Caprivi, aber jedenfalls ist es verlogen demagogischer Unsinn, zu sagen, es sei umgekehrt gewesen, und Deutschland liege vor Rußland auf den Knien.

Doppelt freivol ist der Vorwurf in dem Munde der preussischen Junker, die seit dem vorigen Jahrhundert, und namentlich in den vierziger, fünfziger und sechziger Jahren dieses Jahrhunderts in dem russischen Jaren den Ober- und Schirmherrn aller Monarchen erblickten und ihm gegenüber eine geradezu hündische Ervilität entwickelten. Wer die „Kreuz-Zeitung“ von der Zeit ihrer Gründung an bis in die Mitte der sechziger Jahre durchliest, findet tausend Beweise jenes elchastischen Weltkriecheus vor dem Jaren, durch das der Junker-Hauptling Fürst Bismarck sich das vernichtende Lob des russischen Reichskanzlers verdient hat: „russischer als wir Russen.“

Wenn die Herren Junker jetzt wüthend sind auf Rußland, so ist es nicht, weil sie patriotischer geworden wären — den Junkerpatriotismus haben wir nach Jena kennen gelernt — sondern weil das russische Getreide ihre Profite schmälert, und die Ausplünderung des deutschen Volkes ihnen erschwert.

Die Ritterlichkeit der Herren Junker ist sehr materiell und „jüdisch-mammonistisch.“ —

Bundesrath. In der am Montag, den 26. d. Mts., unter dem Vorsitz des Vize-Präsidenten des Staats-Ministeriums, Staatssekretärs des Innern Dr. v. Bötticher abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrathes wurde dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Posttarif-Gesetzes vom 15. Juli 1879, die Zustimmung erteilt. Die Vorlage, betreffend den abgeänderten Entwurf eines Abgabentaris für das Befahren der Strecke des Nord-Ostsee-Kanals zwischen der Holtener Mündung und der Rendsburger Schleuse, wurde dem IV., II. und VII. Ausschuss überwiesen.

Ein neues Quittungsstempelgesetz soll, wie die Berliner Neuesten Nachrichten erfahren, im Reichsschatzamt in der Ausarbeitung begriffen sein. Dem Quittungsstempel soll eine Wertsteuer zu Grunde gelegt werden und die Steuerpflicht mit dem Betrage von 300 M. beginnen. Je höher aber die Stempelsteuer normirt wird, bemerkt die „Freisinnige Zeitung“ ganz richtig, desto größer wird die Prämie auf die Nichtausstellung von Quittungen oder auf die Ausstellung von steuerfreien Quittungen.

Zur Silberrenquete. Als Fragen, auf welche sich die Erörterungen der Währungscommission im wesentlichen erstrecken sollen, werden im „Hann. Cour.“ die folgenden mitgetheilt:

I. Sägt sich annehmen, daß die Goldproduktion zur Deckung des monetären Goldbedarfes jetzt und in Zukunft ausreicht? Dabei wird 1. der gegenwärtige Stand und die voraussichtliche weitere Gestaltung der Goldproduktion, 2. der Goldverbrauch für Zwecke der Industrie (besonders in Deutschland), 3. der Goldbedarf zu monetären Zwecken in seinem derzeitigen Umfang und in seiner voraussichtlichen künftigen Gestaltung (unter besonderer Berücksichtigung des durch die Einstellung der freien Silberprägung in Indien und durch die Aufhebung der Silberbill in den Vereinigten Staaten bedingten Mehrbedarfes) in Betracht zu ziehen sein.

II. Ist in den Goldwährungsländern thatsächlich eine auf Anspannen des Goldes zurückzuführende, in einer allgemeinen Depression der Preise sich äußernde Goldvertheuerung eingetreten? Bedenkt die Frage soll insbesondere einerseits die Bewegung der Baarenpreise — namentlich der Preise für landwirthschaftliche Erzeugnisse —, des Grundwerthes und des Arbeitslohnes, andererseits die Bewegung des Diskontsatzes in Deutschland näher untersucht und auf ihre Ursachen hin geprüft werden.

III. Welche Folgen hat das Sinken beziehungsweise Schwanken des Silberwerthes für die monetären Zustände und die wirthschaftlichen Verhältnisse in Deutschland bisher gehabt? und welche weiteren Folgen sind zu erwarten? Insbesondere ist zu berücksichtigen: 1. die Gefährdung des deutschen Münzumschlages durch die infolge der Silberentwertung erleichterte Nachprägung vollwichtiger Silbermünzen, 2. die Beeinträchtigung des deutschen Silberbergbaus und der deutschen Hüttenindustrie durch die Bewegung der Silberpreise, 3. die Einwirkung, welche die mit der Silberentwertung zusammenhängenden sogenannten Valutadifferenzen a) auf die Preisgestaltung für landwirthschaftliche Produkte innerhalb Deutschlands, b) auf die Entwicklung des deutschen Exports, durch Steigerung der Konkurrenzfähigkeit beziehungsweise durch Verringerung der Kaufkraft der Länder mit unterwerthiger Valuta geübt haben.

IV. Auf welchem Wege könnten die, aus der gegenwärtigen Lage der Währungsverhältnisse für Deutschland sich ergebenden Uebelstände beziehungsweise Gefahren beseitigt oder doch gemildert werden? Dabei ist insbesondere auch zu erörtern: 1. ob sich eine Hebung und Befestigung des Silberpreises an der Hand der Vorschläge der Herren v. Dechend, Moriz Levy und Soetbeer*) durch stärkere Verwendung des Silbers für Münzzwecke erzielen ließe, ob eine etwaige Steigerung des Silberwerthes nicht durch Ausdehnung der Silberproduktion illusorisch gemacht werden würde, und ob eventuell eine Einschränkung der Silberproduktion erreichbar erscheint; 2. ob es sich empfiehlt, auf eine Verminderung des Bedarfs an Zahlungsmitteln durch weitere Entwicklung des Check- und Giroverkehrs, durch Einrichtung von Abrechnungsstellen, Clearinghäusern u. dergleichen und welche Maßnahmen zu diesem Zweck etwa getroffen werden könnten.

Nach der Einwirkung einer Herabsetzung unseres Münzsystems auf die Höhe und Kaufkraft der Löhne der Arbeiter wird nicht gefragt, das ist ebenso charakteristisch wie die Thatsache, daß kein Vertreter der Arbeiterklasse von der Kommission vernommen werden soll.

Nach der „National-Zeitung“ sind diese Fragen allerdings in der ersten Sitzung der Kommission von der Regierung vorgelegt worden. Die Kommission wird sich aber erst in ihrer nächsten, in etwa 14 Tagen stattfindenden Sitzung über den Gang und Umfang der Beratungen schlüssig machen.

Wie's gemacht wird. Aus Stephansstadt schreibt man uns unter dem 25. Februar 1894:

Dier wird, wie auch anderswo im Deutschen Reich, unter den armen Post-Unterbeamten eine große Entrüstungs-Kundgebung ins Werk gesetzt, weil einzelne der Herren Reichstagsmitglieder sich endlich dieser Beamtenklasse einmal angenommen haben.

Wie wird diese Kundgebung in die Wege geleitet? Der Herr Postamts-Vorsteher ließ einen Landbriefträger, dem erst in diesen Tagen — auffallenderweise durch einen von auswärts hergeschickten Agitator, ich wollte sagen Beamten — das Schaffner-Examen abgenommen war, kommen und machte ihm klar, daß in der Sache etwas geschehen müsse. Der betretende Landbriefträger that, wie ihm befohlen. Außerdem aber ermunterte nun auch der Herr Ober-Postsekretär die Landbriefträger zum Unterzeichnen des betreffenden Gesetzentwurfs, welchem es geht, wie dem Mädchen in der Fremde: „Man wußte nicht, woher es kam.“

Wer sich weigert, leidet an hochgradigen sozialdemokratischen Anwandlungen und wird für sein Vergehen schwer bestraft.

Die Angst unter den armen Unterbeamten ist erschrecklich groß; die Noth in ihren Familien noch größer! Wer stewart diesem Unwesen? Bei den Wahlen heißt es: „nicht agitiren“ und hier ist auf einmal die Agitation gestattet und Pflicht? Der hohe Reichstag und seine zierbewußten Mitglieder könnten diesen heillosen Zuständen im Postwesen durch Erfordern eines durchsichtigen Geistes endlich einmal ein Ziel setzen!

So unser Korrespondent. Aus den verschiedensten Theilen Deutschlands erhalten wir Zuschriften ähnlichen Inhalts.

Die Macher dieses Entrüstungs-Adressensturms aber fragen wir: was wollen sie mit dieser lächerlichen Komödie?

Und die Postverwaltung fragen wir: wie kann sie diesen, sie selbst schwer kompromittirenden Unfug dulden? —

*) Es gab der Goldmünzen und Papiergeld, Abschnitte von weniger als 20 Franken durch eine schwere Silbermünze, deren gesetzliche Zahlungskraft bis 60 Franken oder 60 M. gehen sollte und noch einem dem jetzt bestehenden nahe kommenden Werthverhältnis zu prägen wär, im Verkehr übrigens durch vollgewichtige Zertifikate ersetzt werden könnte.

Es giebt keinen Nothstand. Dies Wort wird jeden Tag Lügen gestraft, so auch durch die uns aus Breslau zugehende Mittheilung, daß dort so viele Pfändungen vorgenommen werden müssen, daß die 25 Gerichtsvollzieher die Arbeit nicht mehr bewältigen könnten und fünf neue engagirt werden mußten.

Der Graf von Paris löste seine bisherige Partei auf und entzog den Provinzialblättern die Subvention. Mehrere dieser Journale schlagen jetzt einen republikanischen Ton an. Die Aktien der Monarchie stehen eben trotz Anarchistensput und Panama schlechter denn je.

Die Wahl Wilson's, des Schwiegersohns des früheren Präsidenten Greog, wurde wegen Wahlfälschungen für ungültig erklärt.

Aus Italien. In der Deputirtenkammer hatte der Abgeordnete Nasti die Stimme zu behaupten, daß kein anderer Politiker außer Crispi vermocht hätte, so eindringliche Worte des Friedens in Sizilien zu sprechen. Der Deputirte Imbriani brachte die Vorgänge zur Sprache, welche im Januar in Corato (Provinz Bari) sich ereignet haben. Ministerpräsident Crispi erwiderte, die Rebellion in Corato wäre vorausbedacht gewesen; man hätte Brand legen wollen und die Truppen angegriffen, welche sich auf die Vertheidigung beschränkt und keine Zeit gehabt hätten, die gesetzlichen Aufforderungen an die Aufständigen zu richten, weil sie von den Angreifern förmlich überumpelt worden seien. Der Deputirte Dovic begründete eine Interpellation über die innere Politik der Regierung und richtete gegen letztere heftige Angriffe. Der Deputirte Sacchi begründete eine Interpellation gegen die Militärgerichte.

Die Gerichte vom Rücktritt Gladstone's und seiner Erhebung durch Lord Roseberry tauchen wieder auf.

Eine Ministerkrise wird aus Spanien wieder gemeldet.

In Serbien scheint sich eine Katastrophe vorzubereiten. Die russischen Agenten, denen die Tölperei des biden Milan, der jetzt zum Generalinspektor der serbischen Armee ernannt werden soll, in die Hände arbeitet, holen allen Nachrichten gemäß zu einem Schlags aus, und Oesterreich konzentriert vorsorglich Truppen an der Grenze. Die Wiener offizielle Presse dementirt zwar die Nachricht, dies beweist aber beim Stande der Dinge sehr wenig. Wenn nächstens eine Mine springt, gewaltiges Getöse sich erhebt und von beiden streitenden Theilen wilder grimmiger Phrasendonner zum Himmel dröhnt, dann halte man sich die Ohren zu und blicke scharf nach Petersburg und nach Wien. Dort sitzen die zwei Spieler, die gegen einander spielen. Der Lärm und Spektakel ist nur Blendwerk und Koulisse.

Tiefer hängen. Herr Domela Nieuwenhuis schreibt im „Recht voor Allen“ vom 25. Februar:

„Die Presse heft fortwährend. Die „Kölnische Zeitung“ will England überreden, die Anarchisten auszuweisen. Und wenn das gelänge — rufst das Blatt aus — dann hätten die Ausgewiesenen am besten, sich nach Holland zu begeben, wo Domela Nieuwenhuis sie gewiß gastfreundlich empfangen würde.“

Also der Domela Nieuwenhuis muß auch als international-gefährliches Subjekt signalisirt werden. Gält etwas vor, so muß man ihn suchen und packen. Und man kann das jetzt um so leichter thun, als die parlamentarischen Sozialisten von der Sorte Bebel-Liebknecht im Stillen jauchzen würden, wie sie schon thäten, als Nieuwenhuis durch die Polizei aus Deutschland gejagt wurde.

Als Domela Nieuwenhuis mit der deutschen Polizei im Konflikt kam, thäten die parlamentarischen Sozialisten von der Sorte Bebel-Liebknecht selbstverständlich ihr Möglichstes, um Nieuwenhuis, in dem sie noch einen Genossen erblickten, behilflich zu sein — was sie seiner Zeit auch für den „Anarchisten“ Merlino thäten, der extra nach Berlin gefahren war, um ihnen Verlegenheiten zu bereiten. Ob Herr Domela Nieuwenhuis bewußt liegt, oder ob er den Sinn für Wahrheit verloren hat, das lassen wir dahingestellt.

Parteinachrichten.

Parteiliteratur. Bei den Reichstags-Debatten über die Kolonialpolitik hat von jeder die Phrase von der hohen Kulturmission des Christenthums in Afrika eine große Rolle gespielt. Wie diese christlichen Redensarten im Widerspruch mit der von den Vertretern des Christenthums geübten Praxis stehen, hat Bebel anfänglich der letzten Kolonialdebatte im Reichstage zur Sprache gebracht. Diese Debatte ist so lehrreich, daß die Buchhandlung des „Vorwärts“ sich veranlaßt sah, die betreffenden Reden von Dr. Pieber, Pastor Schall und Bebel unter dem Titel: **Christenthum und Sklavensfrage** in Massenaufgabe als Flugschrift herstellen zu lassen, die sich besonders zur Massenverbreitung in katholischen Gegenden eignen würde. Der Preis beträgt im Einzelkauf 5 Pf., bei Bezug von 100—500 Exemplaren je 3 Pf., bei Bezug von über 500 Exemplaren je 2 Pf. pro Exemplar. Porto zu Lasten der Besteller.

Die Flugschrift erscheint Sonnabend, den 3. März, und sind Bestellungen an die Buchhandlung des „Vorwärts“, Weuststr. 2, Berlin SW., zu richten.

Bei den Wahlen zum Gewerbe-Schiedsgericht in Halberstadt siegte die sozialdemokratische Arbeitervereinsliste mit 1211 Stimmen gegen 100 Stimmen des vaterländischen Arbeitervereins. Die sozialdemokratische Arbeiter-Liste ging ebenfalls glatt durch, dieselbe siegte mit 126 gegen 103 Stimmen.

In Freisenwalde fand am Sonntag, den 25. Februar, der sozialdemokratische Parteitag für den Wahlkreis Oberbarani statt. Vertreten waren 8 Ortschaften durch 33 Delegirte. Genosse Griebentrog war mit der Vertretung der Agitationskommission betraut. Genosse Bruns, der Kandidat des Kreises, hielt den einleitenden Vortrag, um die Entwicklung der Partei und den gegenwärtigen Stand der Organisation den Genossen zu erläutern. Während bei der Reichstagswahl im Jahre 1890 nur 1897 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, fielen bei der Hauptwahl im Jahre 1893 4254 Stimmen auf den Kandidaten der Sozialdemokraten und kam damit unsere Partei in die Stichwahl mit dem Kandidaten der Konservativen, in der die Sozialdemokratie 6488 Stimmen auf sich vereinigte. Der Referent schloßerte dann die wirthschaftlichen Umwälzungen, die das Anwachsen der Sozialdemokratie in immer schnellerem Maße veranlassen. Um zu berathen, wie wir die uns in unserem Vorhaben störenden Mächte überwinden, die uns daran hindern, unsere Armeen schneller und kräftiger zu stärken,

sei die Aufgabe des Parteitags, der praktische Aufgaben für die Agitation zu lösen versuchen müsse. — In der Diskussion über die eingelaufenen Anträge wurde als die größte Schwierigkeit für die Agitation auch in diesem Kreise der Mangel an Lokalen, die unserer Partei zu Versammlungen zur Verfügung stehen, bezeichnet; nur an vier Orten sei es möglich, Versammlungen abzuhalten. Nun lagen die Gastwirthe über schlechte Geschäfte und berathen über Mittel und Wege, den Berliner Ausschlagern die Gelegenheit zum Besuch von Oberwalde, Biesenthal, Freisenwalde u. s. w. zu erleichtern. Hier sei also eine rege Agitation zu entfalten, um die Wirthe zu zwingen, ihre Lokale auch zu sozialdemokratischen Versammlungen herzugeben. Aber auch die Organisation muß weiter ausgebaut werden, um auf das ländliche Proletariat besser einwirken zu können. Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß bei aller Anerkennung der agitatorischen Arbeit, vorzugsweise der Bauhandwerker, die im Kreise wohnen und in Berlin arbeiten, dennoch ein großer Theil von ihnen in ihrer Heimath nicht den Verpflichtungen nachkommt, die an jeden Parteigenossen gestellt werden müssen. Ein Antrag, durch den die Vertrauensmänner aufgefordert werden, solche Parteigenossen durch die Agitationskommission den Gewerkschaften bekannt zu geben, gelangten auch zur Annahme. Einige der Delegirten führten bittere Klagen gegen die Redaktion des „Volksblatt“, das ihre Einsendungen nicht aufnehme. Auch der „Vorwärts“ könne wohl hin und wieder einige der aus dem Kreise Ober-Barani eingehenden Berichte in seinen Spalten Aufnahme gestatten. Lebhaftige Klagen werden über einige untreue Verbreiter der Zeitung geführt, die die einlassirten Abonnementbeträge nicht der Expedition übermitteln haben und wird, um den Genossen über ihre Verbreiter eine Kontrolle zu ermöglichen, ein Antrag angenommen, der die Expedition anfordert, allmonatlich über die eingehenden Beträge im „Volksblatt“ täglich zu quittiren. Ein Antrag, das „Volksblatt“ täglich zu demselben Preise erscheinen zu lassen, fand nicht die Mehrheit der Versammlung, da gerade bei der jetzigen Zeit des wirthschaftlichen Niederganges nicht zu derartigen gewagten Experimenten geeignet sei. Damit war die Tagesordnung erledigt; der Einberufer, Genosse Schiele, gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch dieser Parteitag wieder einen Fortschritt für unsere Bewegung geben möge und dankte für die Theilnahme an den Verhandlungen.

Polizeiliches, Gerichtliches u.

— Gegen Redakteur Genossen Hülle in Erfurt wurde am 23. Februar weiter verhandelt. Nachdem fünf Anklagen gegen ihn am Tage vorher erledigt worden, stand nun zunächst eine Beleidigungssache eines Polizei-Sergeanten gegen ihn an. Wegen dieses Vergehens wurde er zu 100 Mark Geldstrafe verurtheilt, ferner wegen Beleidigung eines Stadtverordneten ebenfalls zu 100 M. Eine Gendarmenbeleidigung endigte mit Freisprechung. Die Anklagen gegen den stellvertretenden Redakteur, Genossen Guldberg, konnten nicht zur Erledigung gelangen, da die Richter nach Beendigung der Hülle'schen Fälle erklärten, daß es ihnen unmöglich sei, noch weiter zu verhandeln. Das war also ein schwerer Tag!

— **Zweiterlei Was.** Während es den Sozialdemokraten in Chemnitz nicht gestattet ist, auch nur einen Pfennig Eintrittsgeld bei Versammlungen zu erheben, konnte Glöckler dieser Tage bei 50 Pf. Entree seine Herzengergasse an den Mann bringen.

— **Das Staatsgefährliche Singen** des Sozialistenmarches ist nun in Pegau (Sachsen) auch der lieben Schuljugend verboten worden. Der dieses Lied singt, bekommt Prügel von Amtswegen. Darum wahrscheinlich die amtlichen Prügelmeister.

Vermischtes.

Auch ein preussisches Beamten-Deutsch. Folgende brossige Bekanntschaft ist dem „Sel.“ zufolge von einem Ortsvorsteher in der Grauburger Gegend erlassen worden: „Alle im verflohenen Jahre, also 1893 am Orte für Trichinosis und Hinnenreife befundenen geschlachteten Schweine haben dieses bei innerhalb acht Tagen bis spätestens den 26. d. M. zu meiden wer dieses unterläßt zieht eine Strafe nach sich.“

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)
Paris, 27. Februar. Der Schwurgerichtshof verurtheilte heute den Anarchisten Marpeau zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe. Marpeau hatte einen Polizei-Agenten, welcher ihn wegen Diebstahls verhaften wollte, getödtet.

Paris, 27. Februar. Bei der Berathung der Getreidezoll-Vorlage im Senat hielt der Ackerbauminister Viger den Zoll von 7 Franc. aufrecht. Nach Schluß der allgemeinen Berathung wurde der Gesetzentwurf in der von der Kammer votirten Fassung mit 159 gegen 92 Stimmen angenommen.

(Geben des Bureau Herold.)
Hamburg, 26. Februar. Dem Hamburgischen Korrespondenten zufolge wurden hier zwei Gezechen verhaftet, welche unter dem Verdachte stehen, anarchische Agitatoren zu sein und anarchische Flugschriften auf das Geirigste verbreitet zu haben.

Prag, 26. Februar. Joseph Kravla, der bekannte Sozialistensführer, wurde heute vom Erkenntnisgericht zu 14 Tagen strengem Arrest verurtheilt, weil er in einer Versammlung zu Weinberge den österreichischen Reichsrath heilig angegriffen und die Gewaltthätigkeiten der belgischen Arbeiter gutgeheißen hatte.

Prüffel, 27. Februar. Am 2. März eröffnet Cisse Reclus bestimmt seine Vorlesungen in der Freimaurerloge.

New-York, 27. Februar. Auf dem Weltausstellungsplatz in Chicago ist neuerdings ein großes Feuer ausgebrochen, welches die Gebäude der landwirthschaftlichen Ausstellung vollständig einäscherte. Die man hier annimmt, soll der Brand angelegt worden sein.

Briefkasten der Redaktion.

Tirol. Nach einer Adresse wollen wir uns erkundigen. — „Helena“ ist noch nicht in Buchform erschienen.

G. G. Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse für Frauen und Mädchen in Deutschland. Verwaltungsstelle 80. Kasfireriv Frau W. G. L. H., Schlesischestr. 40, v. 1.

S. S. Es hieße dem Blatt zu viel Ehre erweisen, wollte man jede seiner Gemeinheiten an die Öffentlichkeit setzen.

M. L. Sch. 99. Frauen, welche das 80. Lebensjahr bereits überschritten haben, werden in den inländischen Hebammen-Lehranstalten nicht aufgenommen.

S. G. G. An das Bureau der betreffenden Gesellschaft. (Siehe Adresskalender.)

Th. Sch. Ogen. Wenden Sie sich an J. Günther, Dresden, Ziegelstr. 24.

H. W. Plausner. Bei einigem Nachdenken werden Sie selber einsehen, daß die von Ihnen mitgetheilte Geschichte sich kaum beweisen lassen wird. Ihre Legitimation steht zu Ihrer Verfügung.

*) Der Raum des „Vorwärts“ ist ein solch beschränkter, daß beratigen, weitgehenden Wünschen nicht Rechnung getragen werden könnte, ohne einen anderen Theil dadurch zu benachtheiligen. Lokalnotizen aus den einzelnen Kreisen müssen in der Lokalpresse ihren Platz finden; nur wenn sie von allgemeiner Bedeutung sind, kann hieron Ausnahme gemacht werden.

Die Redaktion.

Für den Inhalt der Inserate über-
nimmt die Redaktion dem Publikum
gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, den 28. Februar.
Opernhaus. Die Medici.
Schauspielhaus. Sie ist stumm. Der
Jouffroy.
Festung-Theater. Die große Glocke.
Deutsches Theater. Der Herr
Senator.
Berliner Theater. Aus eigenem
Recht.
Wallner-Theater. Geschlossen.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
Die Brautjungfer.
Residenz-Theater. Der Maskenball.
Neues Theater. A Basso porto.
Central-Theater. Ein Wismädel.
Adolph Ernst-Theater. Charley's
Tante. Vorher: Die Bajazi.
Viktoria-Theater. Der Südstern.
Alexanderplatz-Theater. Das
Vertragsbureau. Hierauf: Char-
ley's Tante.
National-Theater. Die Weber.
American-Theater. Lumpensusanne.
Sanne, oder: Die Obdachlosen von
Berlin.
Theater hinter den Linden. Der
Obersteiger.
Wintergarten. Spezialitäten-Vor-
stellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-
Vorstellung.

Central-Theater.
Alte Jakobstraße 90.
Ein Blitzmädel.
Poffe m. Gesang in 4 Akten v. R. Costa.
Musik von G. Willöder.
In Vorbereitung:
Novität! Novität!
Ein gesunder Junge.
Poffe mit Gesang u. Tanz v. Jean Keen.
Musik von Julius Einodshöfer.

National-Theater.
Große Frankfurterstraße 182.
Sensationelle Novität!
„Die Weber“.
Schauspiel in 4 Akten v. Carl Peters.
Regie: Max Samst.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang
7 1/2 Uhr.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Charley's Tante.
Schwan in 3 Akten v. Brandon Thomas.
Vorher:
Die Bajazi.
Parodistische Poffe mit Gesang in 1 Akt
von G. Jacobson u. Benno Jacobson.
Musik von Franz Roth.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.

American-Theater.
Friedrichstraße 55.
Jeden Abend 8 1/2 Uhr:
Lumpensusanne
oder:
Die Obdachlosen von Berlin.
Parodistisch-realistisches Traumbild aus
dem Müllwinkel (frei nach dem Ver-
brecher-Album) bearb. v. Oskar Wagner.
Lumpensusanne, gen. „Die Gräfin“,
ein schon geprüftes Mädchen
Franziska Häser.
Die Bombe, Astervermieterin im Müll-
winkel des „Sonnenaufgangs“
Josephine Delclissour.
Brunwald — mit bewegter Vergangen-
heit
Martin Bendix.
Täglich: Auftreten des
besten Bandredners d. Zeitzeit
H. Blank.
Ferner u. a.:
„Direktor Hippe“
von Martin Bendix,
sowie Hugo Schulz, Alfred Bender.
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr,
Sonntags 6 1/2 Uhr.

**Passage-
Panopticum.**
Im Theater-Saal,
ohne Extra-Entree:
Nord und Süd,
Biederfeld
von R. Linderer.
Auftritte sämtl.
Spezialitäten.

Kaufmann's Variété
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Täglich:
**Spezialitäten-Vorstellung
und Konzert**
von nur Künstlern 1. Ranges.
Auftritte der Ballet-Gesellschaft
Columbia (10 Damen), Ballet-
meisterin Rosa Fricka.
Auftritte der Elite-Parterre-
Akrobaten u. Pantomimentruppe
**Hermandez. Ein Liebes-
abenteuer.** Komische Orig-
Pantomime. Fräulein Berkany,
Kostüm-Soubrette. The Willon's,
Dopp.-Jongleure. Geschw. Gläser,
Gesang- u. Instrument-Duetisten.
G. Cordes, Gesangs-Humorist.
Anfang: Sonntags 8 Uhr,
Wochentags 6 Uhr.
Entree Wochentags 50 Pf.
A. Zimmermann.

Nur noch kurze Zeit!
Präuscher's anat. Museum.
Neu: Rehlkopftuberkulose, Rehlkopf-
polyp, Brustfellentzündung,
Lungenentzündung, Lunge mit Tuberku-
lose, Herz mit Klappenfehler, Magen
mit Entzündung, mit Geschwären,
Leber- und Nierenkrankheiten.
Schnitzkanal durch fünf Körper,
Gladiatorenkampf,
täglich für erwachsene Herren, Dienstag
und Freitag für **Damen.**

Alcazar.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage.)
Neues Programm.
In Vorbereitung:
Bummel-Fritze.
Wochentags 15 Pf. Reserv. 30 Pf.
R. Winkler.

„Sanssouci“,
Kottbuserstr. 4a.
Donnerstag, den 1. März cr.:
**Stettiner
Sänger**
Anfang
8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Großes
Musik-
Programm
Zum Schluß:
Herr und Frau Schulze.
Ensemble von Messel.
Freitag: **Viktoria-Franzei.**

**Gratweil'sche
Bierhallen**
Kommandantenstr. 77-79.
Kelt. u. größt. Etablissement. Berl.
Täglich abwechselnd. Programm
bei freiem Entree
der ersten Wiener Damenkapelle
„Mikloska“
und Auftreten von
Künstlern u. Spezialitäten
I. Ranges.
Täglich Auftreten des
Fräulein Miss Wobb,
Laubentönigin,
mit ihren 24 dressirten Lauben.
Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.
3 Regelmäßig. 6 Billards, pro
Stunde 60 Pf.
C. Koch, jr. Gambrianus.
**Säle für Versammlungen
und Festlichkeiten**
sind noch an verschiedenen Tagen
zu haben.

Circus Renz,
(Barlstraße.)
Mittwoch, den 28. Februar cr.:
Abends 7 1/4 Uhr:
Auf auf zur frühlichen Jagd!
Parforce- u. Kasladentritt, Ballet von
100 Damen. Heute von 40 Hunden.
Außerdem: Der ohr. Hengst Blondel,
vorgef. v. Herrn R. Renz. Das Schil-
pferd Cyd, ger. v. Herrn R. Renz. Jou
de la rose, ger. v. Frau Renz-Stark
u. Miss Edith. Der urkom. Imitator-
Clown Mr. Ybbs. Die Trapezkünst-
lerinnen Geschw. Hoffmann u.
Donnerstag: Neue Spezialitäten und
Auf auf zur frühlichen Jagd!
Fr. Renz, Direktor.
Vereins-Abzeichen u.
H. Guttmann,
Brunnenstr. 9.

Die Verlobung mit
Selma Wilde
erkläre ich hiermit für aufgehoben.
2044b **Georg Vohl.**
Nach langen, schweren Leiden verstarb
plötzlich mein lieber Mann, der
Restaurateur Carl Zöller,
Reinholdendorferstr. 23 D,
im 54. Lebensjahr. Um stilles Beileid
bittet die hinterbliebene Wittwe
Mario Zöller, geb. Schulz.
Die Beerdigung findet Donnerstag,
den 1. März, Nachmittags 3 Uhr, vom
Krankenhaus Noabit aus nach dem
Kirchhof Sankt Paul in der Seestraße
statt. 2050b

**Orts-Krankenkasse
der Zigarrenmacher.**
Die Herren Delegirten werden zu
der am Donnerstag, den 8. März 1894,
Abends 8 Uhr, im Restaurant **Goll-
mann, Gipsstr. 11, stattfindenden
General-Versammlung**
hiermit eingeladen.
Tagesordnung:
1. Vorlegung der Jahresrechnung.
2. Bericht der Kommission. 3. Mit-
theilung über den Gewerkschaften-
verein resp. freie Arztwahl. 4. Ver-
legung der Kassenstunde. 5. Geschäft-
liche Mittheilungen, Anträge. 2045b
Der Vorstand.

Kränze, 2042b
Guirlanden und Blumen
empfiehlt zu den billigsten Preisen
Franz Jacobitz,
Koppenstraße 46, an der Friedenstraße.

**Orts-Krankenkasse
der Drechsler.**
Generalversammlung
der Vertreter
Sonntag, den 4. März cr., Vorm.
10 Uhr, Alte Jakobstr. 48a.
Tagesordnung:
1. Vorlage und Abnahme d. Jahres-
rechnung pro 1893. 2. Statuten-
änderung § 30. 3. Antrag des Ober-
präsidenten zu § 1 des Statuts. 4. Ver-
chiedenes. 2036b
Der Vorstand,
H. Deininger, Vors.

Spandau.
Freitag, den 2. März, Abends 8 Uhr,
im Lokale des Hrn. Radko, Reumeister-
straße 5:
Öffentliche
Volks-Versammlung
Tagesordnung: 1. Die politische und
wirthschaftliche Lage in Deutschland.
2. Diskussion. 3. Beratung der
Statuten.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
2038b **Der Vertrauensmann.**

Von der Bücherverloosung, veranstaltet
von den Ordenern der
Freien Volksbühne
sind die auf nachfolgende Nummern
gefallenen Gewinne am Mittwoch und
Donnerstag Abend von 6-10 Uhr bei
Fenz, Alte Jakobstr. 89, abzuholen:
11 14 16 34 54 70 149 152 204 220
228 229 254 304 319 330 346 349
357 379 391 393 410.

**Castan's
Panoptikum.**
Grossartige Ausstellung
Viele Novitäten!
Irrgarten. Illusionen. Märchen-Cyclus.
Bereinszimmer, 50 Pers., frei Stall-
schreiberstraße 29.
1997b
B. Nieff's Säle
Weber-Strasse 17.
März noch Sonntagabend den 17. und
Sonntag den 18. frei. Vereinszimmer
sind nach täglich zu vergeben.

Schmiedel's Festsäle,
Alte Jakobstrasse 32,
empfehle meine hochdeleganten Säle
zur Abhaltung jeder Art Festlichkeiten.
Wwe. E. Schmiedel.

Kleiner Saal für Vereine und Fest-
lichkeiten zu vergeben
Hofenstraße, G. Gräffstr. Jagdschlöschchen.
Dienste, Mittwoch, frische Blut- und
Leberwurst in bekannter Güte empfiehlt
Bermann Fiewald, Schankwirth,
Manterfischstr. 46.

Restauration zum Ambos
Freunden und Genossen empfohlen.
Vereinszimmer zur Verfügung. 2043b
P. Feller, Breslauerstr. 27.
Ich erkläre die gegen Herrn Johann
Michalowski ausgesprochene Behaup-
tung für unwahr und nenne denselben
einen Ehrenmann. 2030b
Jähner.

Deutscher Holzarbeiter-Verein
(Zahlstelle Berlin).
Vertrauensmänner-Versammlungen:
Westen: Mittwoch, den 28. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Werner,
Bülowsstraße 59;
Südwesten: Donnerstag, den 1. März, Abends 8 1/2 Uhr, bei Südle,
Zoffenerstraße 10.
Tagesordnung in beiden Versammlungen: Besprechung über Lohn- und
Arbeitsverhältnisse. 432/11
Zahlreiches Erscheinen erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Arbeiter-Bildungs-Schule.
Lehrplan für das Winterhalbjahr
1893/1894.
Die Stunden fallen wie bisher Wochentags von
8 1/2 bis 10 1/2 Uhr Abends, Sonntags von 9 bis 11 Uhr
Vormittags.

	Nord-Schule. Müllerstr. 179a.	Ost-Schule. Markusstr. 31.
Montag	Gefesestunde.	Gefesestunde.
Dienstag	*Kaufm. Rechnen, Korre- spondenz	Deutsch (untl.).
Mittwoch	Geschichte (mittl.).	Logik.
Donnerstag	Deutsch (untl.).	Erste Hilfe bei Unglücks- Geschichte (mittl.). (fallen.)
Freitag	Erste Hilfe bei Unglücks- do. *Buchführung.	—
Sonntag	Deutsch (ob.).	Rechnen (untl.). Buchführung.

	Südost-Schule. Reichenbergerstr. 133.
Montag	Deutsch (untl.)
Dienstag	Mathematik.
Mittwoch	*Rechnen.
do.	Deutsch (ob.).
Donnerstag	*Kaufm. Rechnen, Kor- respondenz.
do.	Geschichte (alte).
Freitag	*Gefesestunde.
do.	*Buchführung (Doppelte).
Sonntag	Gesundheitslehre.

Die mit * bezeichneten Stunden werden mit Benutzung der Doppel-
Räume erteilt.
für alle drei Schulen an jedem Sonntag von 9-11 Uhr: **National-
Oekonomie** im Arbeitsnachweis der Hausdiener u. Packer, Neue Grünstr. 10 I.
Die Theilnahme an dem Unterricht der ersten Woche im Semester steht
jedem, auch Nichtmitgliedern, unentgeltlich frei.
Für sämtliche Lehrfächer werden neue Schüler und Schülerinnen
aufgenommen.
Die Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt
an endstehenden Zahlstellen, deren je eine auch in jeder Schule errichtet ist.
Beitrag 25 Pf. monatlich, Schulgeld monatlich 50 Pf. An den mit * be-
zeichneten Zahlstellen sind auch Billets zur **Arania** à 25 Pf. (welch' letztere
dann nur eine Nachzahlung von 25 Pf. bedingen) gegen Vorzeigung des
Mitgliedsbuches zu haben.
Die Zahlstellen sind folgender:

- | | |
|--|--|
| S.
Börnör, Ritterstr. 108.
Schöning, Stallschreiberstr. 29. | C.
Wernau, Rosenstr. 80. |
| SO.
Südostschule, Reichenbergerstr. 133.
*Schulz, Admiralsstr. 40a. | N.
Nordschule, Müllerstr. 179a.
Gnadl, Sönnemünderstr. 120.
*Gleinert, Müllerstr. 174. |
| SW.
Grube, Mariendorferstr. 10.
Windhorst, Junferstr. 1. | NO.
*Gumpel, Barnimstr. 42. |
| O.
*Ostschule, Markusstr. 31.
Ungerling, Breslauerstr. 27.
454/14* | NW.
Vogtherr, Stephanstr. 27a. |

**Boltz' Festsäle, S. vormalig G. Feuerstein 75,
Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen.** Zu den Oster-
feiertagen stehen noch Säle z. Abhalt. v. **Matinees** z. Verfüg. Amt I, 1082.

Hierdurch warne ich Jedermann,
meinem Sohn, dem Maurer **Wil-
helm Bartelt** (Berlin N.) etwa
auf meinen Namen zu borgen, da ich
für keine Zahlung auskomme. 2029b
Königsfelde b. Wilhelmshorst (Pomm.)
Ferdinand Bartelt,
Eigentümer.

66. Resterhandlung. 66.
Billig Reste zu Knaben-Anzügen von
1 M. Große Anzüge von 7 M. an
bis zum feinsten Kammingarn, auch pass.
zu Einsegnungs-Anzügen. Große Aus-
wahl in Paletotstoffen, sowie zu Herbst-
und Wintermänteln, Jaquets, Plüsch,
Atlas, Seide, Sammt und Spitzen.
Auf Wunsch Alles zugeschnitten, auch
angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge.
66. Karle, Waldemarstrasse 66.
Achtung! Kein Laden.
Kontroll-Schuhmark.
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren
1 Markt. Garantie rein amerikanische
Tabake. Nippentabak 2 Pfd. 60 Pf.
5444L* **H. F. Dinslage,**
Kottbuserstr. 4, Hof part.

H. Tiedemann's Homöopath.
Institut, Bollinerstr. 10 (am Arkona-
platz). Sprechst. von 8-10 u. 2-3,
Sonnt. v. 8-11. Langjährige Praxis.
Mäßigstes Honorar. 1518b*

Gutes Geschäft,
für jeden passend, Forderung 700 M.
wird kostenfrei nachgewiesen. **Gerken,**
Friedrichsgracht 5. Spr. 9-12, 5-7.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4433L*
am besten Plage wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste
Preise! Sämtliche im Handel
befindl. Rohabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Buchhandlung des „Vorwärts“
Berlin SW., Genth-Strasse 2.

Empfehlenswerth:
Mehring's Schriften

Die Fessung-Legende. Preis
Mk. 3.—, gebunden Mk. 3.50.
Porto 80 Pf.
Die Schrift gehört zu den bedeutendsten
Erscheinungen der neueren sozialistischen
Literatur. Sie enthält viel mehr, als ihr
Ziel besagt; sie ist keine bloße literarische
Streitschrift, sondern in ihrer scharfen,
schlagenden Kritik der Geschichtsbücher
über Friedrich „den Großen“ und dessen
„Kulturgeschichte“ zugleich eine
Kulturgeschichte des preuß. Kaiser-
tums und Militärstaates. Ganz besonders
hervorzuheben für unsere Genossen ist
auch das Schlusskapitel: **Reber den hi-
storischen Materialismus.**

Bilder aus der Gegenwart.
Preis 30 Pf. Porto 5 Pf.
Die (schlagende und gründliche Ab-
föhrung des Sozialistenstüders Eugen
Reber und seiner „Sozialdemokratischen
Zukunftsbilder“.

Der Fall Findau. Preis Mk. 1.
Porto 8 Pf.
Kapital und Presse. Ein Nach-
spiel zum
Fall Findau. Preis Mk. 1.—
Porto 10 Pf.

Die beiden letzten Schriften, nicht eigent-
lich Parteilichkeiten im engeren Sinne,
beanspruchen allgemeinen Interesse und
erregen f. B. berechtigtes Aufsehen. Sie
find zum Verständnis für die Befinnungs-
losigkeit und Korruption unserer heutigen
bürgerlichen Presse ohne Unterchied
der Parteilichkeit und des heutigen
Theaterwesens unerlässlich.
Bei Bestellungen von Auswärts
bitten wir den Betrag inclusive Porto
in Reichsmark der Bestellung beizufügen.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

58. Sitzung vom 27. Februar 1894. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Graf von Caprivi, von Bötticher, von Marschall, von Berlepsch, Graf Posadowsky, von Schelling.

Eingegangen ist ein Gesuch, betreffend die Abänderung des Zolltarif-Gesetzes (Aushebung des Identitätsnachweise).

Die erste Verathung des Handels- und Schifffahrts-Vertrages zwischen dem Reich und Rußland wird fortgesetzt und zwar in Verbindung mit dem Antrage des Abg. v. Kardorff, betreffend die Vorlegung eines Reichsgesetzes wegen Erhebung von Zollzuschlägen für die Einfuhr von Roggen, Weizen und Mehl bei bestehendem Disagio in fremden Staaten. Der Zollzuschlag soll betragen bei mehr als 10 pCt. Disagio bei Getreide 1 M., bei Mehl 2,50 M., bei mehr als 20 pCt. Disagio für Getreide 2 M., für Mehl 5 M.

Ein Änderungsantrag des Abg. v. Salisch (Dt.) will den Hafer in den Antrag einfügen und die Zollhöhe für ihn auf 0,50 M. bezw. 1,60 M. feststellen.

Abg. Freiherr Schulz zu Sverdrup (natl.) will die Zollhöhe bei mehr als 20 pCt. Disagio auf 1,50 bezw. 3,75 M. festsetzen.

Abg. v. Kardorff (N.-V.) erhält als Antragsteller das Wort: Der Zweck des Antrages geht dahin, die Annahme von Handelsverträgen, gleichviel mit welchen Staaten, mit einer überwiegenden Mehrheit des Reichstags zu sichern. Er bezweckt die Ausgleichung der Währungsunterschiede. Unser Antrag richtet sich nicht allein gegen Rußland, sondern auch gegen andere Länder, wie Argentinien und Indien. Argentinien hat ein sehr hohes Goldagio, welches wie eine Prämie auf die Einfuhr von Weizen nach dem deutschen Markt wirkt. In ähnlicher Weise ist der indische Weizen durch den Niedergang des Silberpreises bevorzugt. Die deutsche Landwirtschaft als Geschäft geht davon zu Grunde. Die Befürchtung, daß gerade der russische Handelsvertrag der Landwirtschaft den Todesstoß versetzen würde, ist vielleicht übertrieben. Den schwersten Stoß hat sie schon durch den österreichischen Handelsvertrag bekommen. Sie kann auch die kleinste Neubelastung nicht ohne schwere Bedenken übernehmen. Die Vortheile des Vertrages für die Industrie sind nicht so groß, wie man sagt. Das größte schlesische Eisenwerk, in dessen Aufsichtsrath ich mich befunden habe, hat trotz der geschicktesten Leitung seinen Export nach Rußland einstellen müssen, lediglich wegen der Unterwerfung der russischen Valuta, weil es niemals voraussehen konnte, ob der Export gewinn- oder verlustbringend sein würde. Ich fürchte, ähnliche Erfahrungen werden die Industriellen auch bei diesem Vertrage machen, wenn auch ein gewisses Ausfließen mancher Industrie jetzt zu Anfang eintreten mag. Selbst wenn die Vortheile für die Industrie groß genug sein sollten, sie werden immer auf Kosten der Landwirtschaft erworben werden. Wenn die Regierung noch zur Herbeiführung der internationalen Doppelwährung die Initiative ergreifen hätte, so ließe sich darüber vielleicht reden. Die zusammenberufenen Enquete sollte eigentlich Vorschläge zur Hebung des Silberpreises machen; die Regierung beruft aber Mitglieder, welche ein solches Beginnen für baren Unfug halten.

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Der vorliegende Vertrag ist bestimmt, eine Brücke für den friedlichen Verkehr zwischen zwei großen Nationen zu bilden. Er ist geprüft worden von Sachverständigen aller Art, und diese haben gefunden, daß es ein gutes Werk wäre. Weiter ist insinuiert worden, es wären Streitigkeiten und Entstellungen im preussischen Staatsministerium da gewesen; Entstellungen zwischen dem Reich und Preußen, zwischen dem Kaiser und dem Könige womöglich sind konstruirt worden. Von alledem ist nichts wahr. Das preussische Staatsministerium hat diesem Handelsvertrage einstimmig zugestimmt. Auch im Bundesrath ist der Vertrag einstimmig angenommen worden, und somit sind alle hierauf bezüglichen Insinuationen hinfällig. Herr v. Kardorff ist in Bezug auf die „Streitigkeiten zwischen Preußen und dem Reich bei der Währungsfrage“ falsch unterrichtet; nicht die preussische Regierung, sondern ich habe dieselbe veranlaßt. Der vorliegende Vertrag hat unter kompetenten Beurtheilern des In- und Auslandes Zustimmung gefunden. Weil man den Versuch gemacht hat, hierüber mancherlei Irrthümer zu verbreiten, so will ich hier aussprechen, daß die leitenden Staatsmänner von Oesterreich-Ungarn und Italien nur ihre Freude über das Zustandekommen des Vertrages ausgesprochen haben. (Hört! Hört! links.)

Was sind die Ziele unserer Politik und steht der Handelsvertrag in Einklang mit diesen? Die Ziele der deutschen Politik sind seit Jahrzehnten: die Erhaltung des Friedens und die Wahrung des deutschen Ansehens und der deutschen Würde. Als wir den Vertrag mit Oesterreich abschlossen, wurde es ausgesprochen, daß dies des Friedens wegen geschehe. Denselben Zweck hatte die Gründung des Bundes und ebenso auch die Aemtervorlage. Nur wenn wir vor die dira necessitas gestellt würden, wollten wir uns den Sieg sichern. Auch der russische Handelsvertrag ist ein Werk des Friedens. Der Handelsvertrag wird die Wirkung haben, die Spannung unter den Nationen zu vermindern und die Friedensverpflichtung zu vermehren. Politische Freundschaft und wirtschaftliche Freundschaft läßt sich unter günstigen Verhältnissen, unter starken Händen vielleicht denken, unwahrscheinlich bleibt ein solcher Fall immerhin. Ich will nicht auf Verhältnisse im Auslande exemplifiziren, ich bitte Sie den Blick auf das Inland zu richten. Hat etwa das Hervortreten der wirtschaftlichen Interessen den Frieden im Innern gefördert? Je mehr die Verhältnisse politisiert worden sind, desto mehr ist der Unfriede zwischen den einzelnen Klassen aufgetreten. Sollte das bei Nationen nicht ebenso sein? (Sehr richtig! links.) Ein Redner sprach gestern davon, daß der Vertrag nur auf 3 Jahre geschlossen werden sollte. Was nützt das? Die anderen Verträge sind auf längere Zeit geschlossen. Was sollen wir nach 3 Jahren machen? Der Vertrag ist doch nur die Konsequenz der vorhergehenden Verträge. (Woh! rechts.) Wir würden doch die vorhergehenden Verträge nicht aufheben können. Wir haben um so weniger einen Grund, den Vertrag aufzuheben, weil die Landwirtschaft nicht geschädigt wird. (Widerspruch rechts.) Es soll Fürst Bismarck niemals einen Tarifvertrag abgeschlossen haben. Für mir liegt ein ganzes Verzeichniß solcher Verträge und verschiedener Abgrenzungsverträge. Verträge, in denen die landwirtschaftlichen Zölle gebunden sind, konnte Fürst Bismarck nicht gut abschließen, weil es 1879 keine Getreidezölle gab. Die deutsche Regierung hat bei den Handelsverträgen eine führende Rolle gespielt und damit konnte Deutschland zufrieden sein. Denn nach kriegerischem Ruhm trachten wir nicht, wir wollen die Kultur Europas fördern und die europäischen Kräfte zusammenschließen im Interesse einer größeren Zusammenfassung europäischer Staaten zu wirtschaftlichen Zwecken. Dadurch ist das Ansehen Deutschlands gehoben worden. Wenn nun der Handelsvertrag nicht die Annahme in diesem Hause fände, was würde eintreten? Man könnte nicht einfach auf den status quo zurückkehren. Ich halte für zweifellos, daß unter den Gegnern des Vertrages nicht ein einziger ist, der den Zustand des Zollkrieges dauernd

machen wollte, ein Zustand, der für unsern Handel und unsere Aederei und auch für die Landwirtschaft des Ostens erhebliche Schäden mit sich bringen müßte. (Sehr richtig! links.) Der Schmuggel würde an der Pforte wiederkommen, er würde zu Grenzstreitigkeiten und Gefechten führen, und wohin weiter, das mag ich nicht ausmalen. Gerade unsere Grenzprovinzen würden die Mauer, hoch wie die chinesische, schmerzlich empfinden. Wenn trotz des hohen Zolles ein Handel noch getrieben ist, so wird das nicht so weiter gehen. Der Handel wird noch getrieben auf Grund alter Kundtschaft und Kredite in der Hoffnung auf eine Besserung. Das geht dann alles zu Ende, und es bleibt eine hohe Zollschranke, die dann sehr lange bleiben wird. Wir sind zum Vertrage gekommen unter dem Zusammenwirken günstiger Umstände, die nicht immer wiederkehren. Der Zollkrieg würde dann bestehen bleiben, keiner würde nachgeben wollen, und es würde die hermetische Abschließung der Grenze erfolgen auf einer Strecke von 1200 Kilometern. Nicht bloß der Verkehr der Waaren, sondern auch der Verkehr der Menschen würde aufhören, das gebe ich den Herren Landwirthen aus Ostpreußen zur Erwägung, welche auf die russischen Arbeiter angewiesen sind. Man hat sich gewöhnt, den Panflavismus als etwas Schädliches anzusehen, weil darin eine Abwendung Rußlands vom Westen liegt. Ist das der Fall, was wird geschehen, wenn wir die von Rußland dargebotene Hand zurückweisen? Wird Rußland nicht noch mehr den Panflavismus verfallen? Dann treten alle die Gefahren ein, welche man mit diesem Worte in Verbindung bringt. Man hat der gegenwärtigen Regierung vorgeworfen, sie hätte den Verbindungsdraht nach Rußland zerschnitten. Das ist nicht richtig. Wird der Vertrag abgelehnt, dann zerschneiden Sie nicht bloß den neuen Draht, sondern auch den alten Draht. Der russische Vertrag ist das letzte Glied einer Kette. Die Kette ist um dieses Glied verlängert, ohne daß wir einen Preis dafür gezahlt haben; der Preis liegt bereits im österreichischen Handelsvertrage und auch dieser Preis ist nicht allzu hoch. (Widerspruch rechts.) Es ist der Beweis geführt worden, daß wir ohne russischen Roggen leben können; Rußland hat seine Grenzen verschlossen und wir hatten doch keinen Mangel an Roggen, weil der Roggen ein Weltmarktartikel ist wie der Weizen. Wie soll Rußland zur Ueberherrschung kommen? Glaubt man, daß Rußland seinen Roggen billiger geben wird als andere Länder? Wir kaufen Roggen, ob vom Kaiserlichen A oder B, ist gleichgültig. Für Rußland liegt die Sache anders, es hat Interesse, seinen Roggen auf kürzeren Wegen nach Deutschland abzuführen; man giebt auch bei uns dem russischen Kaufmann längeren Kredit als anderwärts. Wir stehen vor einem Handelsvertrage, der keinen Preis von uns fordert, wie die anderen Handelsverträge. Da verheißt ich nicht, wie man gegen den jetzigen Handelsvertrag auch dann stimmen kann, wenn man nicht für den österreichischen Handelsvertrag gestimmt hat.

Wo die Landwirtschaft in diesem Vertrage, ohne das mindeste eigene Opfer zu bringen, der Industrie Vortheile bringen soll, da verlagert der Bund der Landwirtschaft, der jetzt auch dabei ist den Osten von dem Westen zu trennen. Das macht sich in Tausenden von Beziehungen geltend. (Sehr richtig! links.) Wenn man von Landwirthen spricht, ist es beinahe so, als ob nur auf dem rechten Ufer der Landwirtschaft getrieben würde. (Sehr richtig! links.) Man bringt auch die kleinen und die großen Landwirthe im Gegensatz. Das wollen Sie nicht, aber es ist der Fall. Warten Sie nur ein paar Jahre noch ab. (Zustimmung links.) Beinahe hundert Jahre dauern die Versuche, uns Rußland wirtschaftlich zu nähern. Jetzt sind wir am Ziel, und ich glaube, ein großer Theil der preussischen Nation freut sich darüber.

Abg. König (Antisemit) beginnt seine Rede unter großer Unruhe des Hauses, da viele Abgeordnete den Saal verlassen. Er nimmt den Bund der Landwirthe in Schutz, weil er die Verbindung zwischen dem großen und kleinen Grundbesitz, zwischen dem Osten und Westen gebildet habe. Wenn Fürst Bismarck noch an seinem Platze wäre, dann hätten wir weder diesen russischen Vertrag, noch vorher den österreichischen erhalten. Diese Handelsvertragspolitik hat gerade den Gegensatz zwischen Industrie und Landwirtschaft erst hervorgerufen, nicht der Bund der Landwirthe. Wenn man den russischen Vertrag nur nach wirtschaftlichen Gründen beurtheilen soll, dann ist sein Urtheil gesprochen. Denn wenn nicht politische Gründe für diesen Vertrag sprächen, so müßten doch ganz andere wirtschaftliche Vortheile erzielt worden sein, um diesen Vertrag zu empfehlen. Die Landwirtschaft soll einen erheblichen Vortheil erzielt haben; die Zölle für Stärke, Kartoffelmehl, Hopfen und besonders für Zwiebeln und Knoblauch — also für einen sehr bedeutenden Artikel — sind ermäßigt worden. Die Landwirtschaft wird wohl nicht sehr viele Vortheile von diesen Zollermäßigungen haben. Der Vertrag befördert die Masseneinwanderung russischer Juden. Wir müssen, um den Frieden zu erhalten, uns für den Krieg vorbereiten. Wir haben für die Militärvorlage gestimmt aus Patriotismus. (Zuruf Singer's: Oder aus Dummheit, wie die Antisemiten!) Große Unruhe rechts. Wiederholte Rufe: Zur Ordnung! Unser Bauernstand ist die Kraft unserer Armee. Unsere Stellung Rußland gegenüber ist aber so stark wie nur irgend möglich; deshalb müßten wir diese starke Stellung benutzen, um nennenswerthe Vortheile zu erreichen. Das ist aber nicht geschehen. Frankreich hat trotz seiner Freundschaft zu Rußland sich nicht gescheut, seiner Landwirtschaft weiteren Schutz angedeihen zu lassen. Mehr als es sich mit der Würde des Deutschen Reiches vereinbaren läßt, hat die Presse Stimmung zu machen gesucht für den Vertrag durch den Hinweis auf eine Kriegsfahr. Nicht der Bund der Landwirthe hat die Agitation ins Leben gerufen, sondern die Depressions der Landwirtschaft, das Gefühl der Verlassenheit, welches die Bauern beherrscht, hat den Bund der Landwirthe ins Leben gerufen. (Zustimmung rechts.) Die Handelsvertragspolitik hat nicht nur die Gegensätze zwischen Ost und West verschärft, sondern auch den Partikularismus angefaßt. Das beweist besonders die Sprache bayerischer Blätter, welche davon reden, daß Preußen sich zu einer russischen Satrapie auswachse. Man mag den Vertrag von der einen oder anderen Seite betrachten, er muß abgelehnt werden. Am schwerwiegendsten ist für mich die politische und nationale Seite, daß dadurch der Partikularismus gefördert wird.

Abg. v. Hammerstein (N.) weist auf den Zwischenruf des Abg. Singer während der Rede des Vorredners hin und fordert den Präsidenten auf, einen Ordnungsruf zu ertheilen.

Vizepräsident v. Bülow: Ich habe sofort einen Ordnungsruf ertheilt, wovon allerdings bei der herrschenden Unruhe vielleicht nicht überall Kenntniß genommen werden konnte.

Abg. Singer (Soj.): Ich habe mich geäußert; oder aus Dummheit, wie die Antisemiten (Zuruf von den Antisemiten: das ist eine neue Freiheit!). Dazu war ich berechtigt, da Herr Bülow selbst ausgesprochen hat, daß die Antisemiten von der Regierung getauft seien.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg beantragt wegen der erneuten Beleidigung der Antisemiten dem Abg. Singer einen Ordnungsruf zu ertheilen.

Vizepräsident v. Bülow: Einen solchen Antrag kennt die Geschäftsordnung nicht. (Zuruf des Abg. Liebermann v. Sonnenberg: Dann muß die Geschäftsordnung geändert werden!)

Darauf wird die Debatte fortgesetzt.
Abg. v. Bennigsen (natl.): Eine Uebereinstimmung in dem

Schwanken der Valuta und dem Preise der agrarischen Produkte, wovon Herr v. Kardorff bei seinem Antrage ausgeht, ist absolut nicht vorhanden. Das ist nicht bloß von dem bekannten Sachverständigen Professor Conrad bewiesen, sondern auch durch eine Eingabe der Breslauer Handelskammer in einer graphischen Darstellung über die Schwankungen des russischen Rubelkurses in der Zeit von 1851—53 und über die Wirkungen der Preise der agrarischen Produkte in derselben Zeit. Der Antrag Kardorff würde also die beabsichtigte Wirkung nicht haben, sondern wahrscheinlich für die Landwirtschaft schädlich sein. Im ganzen sind die Erörterungen des Grafen Mirbach durchaus sachlich gewesen. Im wesentlichen gipfeln die vielen Angriffe auf den Vertrag und auch die Vorlegungen des Vorredners in der Behauptung, daß er der Industrie ganz geringe, zum Theil gar keine Vortheile, der Landwirtschaft dagegen großen Schaden bringe. Für die Beurtheilung der Vortheile des Vertrages für Handel und Industrie ist doch zweifellos die einmüthige Auffassung dieser Berufsgruppen in hohem Grade maßgebend und zwar um so mehr, als die verbündeten Regierungen zum ersten Mal in dem Zollrathe eine Eintracht getroffen haben, die Handel und Industrie fortlaufend von den Ergebnissen unterrichtet hat. Man hat vielfach darauf hingewiesen, daß durch den Vertrag eine Reihe von Industriebranchen keine Tarifpositionsermäßigungen gewährt werden und es ist versucht worden, diese Klasse gegen die, welche eine Ermäßigung erhalten haben, zu gewinnen. In den Delegirtenversammlungen sind alle Branchen vertreten, und wenn sich in diesen kein Widerspruch geltend gemacht hat, dann ist das ein schlagender Beweis für die einmüthige Auffassung der Industrie von dem Nutzen des Vertrages. Es steht fest, daß zum ersten Mal mit Rußland ein Vertrag abgeschlossen werden soll, nach welchem die Deutschen auf dem ganzen Gebiet des Handels, der Schifffahrt, der Zollabfertigung, des Eisenbahnverkehrs in gleicher Weise wie die russischen Staatsangehörigen behandelt werden sollen. Das ist ein großer Vortheil für den bedrängten Osten und Norden unseres Vaterlandes. Für diejenigen Branchen, die eine direkte Tarifermäßigung nicht erlangt haben, ist das schon ein bedeutender Vortheil, daß der Zollkrieg mit seinen bedenklichen Wirkungen beseitigt ist. Die statistischen Nachweise ergeben, daß wir ein Quantum von Waaren von etwa 1 1/2 Hundert Millionen jährlich nach Rußland gebracht haben, also mehr, als die englische Ausfuhr beträgt, und mehr als die Ausfuhr sämtlicher Länder, wenn man England ausschließt. Dabei ist es unabweisbar notwendig, den Zollkrieg zu beendigen. Rußland besitzt einen Reichtum an Naturgütern, eine Produktions- und Konsumtionsfähigkeit wie wenige Länder, vorausgesetzt, daß die Entwicklung nicht große Störungen erfährt. Deutschland, der nächste Nachbar, wird davon den größten Vortheil haben. Daß Rußlands Industrie sich so entwickelt, daß seine Industrieprodukte unsern Markt belassen werden, eine solche Annahme ist doch das Absonderlichste von Rosafantasie! Wenn es uns gelungen ist, mit viel weiter und viel früher entwickelten Industrien von England und Frankreich zu konkurriren, nicht bloß bei uns, sondern auch im Auslande und in den betreffenden Ländern selbst, so werden wir doch die Konkurrenz mit Rußland aushalten können. Daß Rußland die deutsche Landwirtschaft infolge des Vertrages besonders schädigen würde, ist nicht anzunehmen. Der Herr Staatssekretär hat gestern schwer zu widerlegende Zahlen vorgebracht; er hat bewiesen, daß der Unterscheidungsatz Rußland gegenüber nirgends in den Preisen zum Ausdruck gekommen ist. Immerhin bleiben noch gewisse Besorgnisse, die wohl geeignet sind, Kompensationen als notwendig zu bezeichnen. Aber man sagt, einer Regierung, welche so wenig Interesse für die Landwirtschaft zeige, könne man den Vertrag nicht einräumen, auch wenn Kompensationen in Aussicht gestellt werden. Graf Mirbach hat es für sich abgelehnt, daß persönliche Fragen bei der Entscheidung maßgebend sind. Herr v. Kardorff aber kam etwas mehr mit der Sprache heraus; er meinte, wenn der Vertrag vom Fürsten Bismarck vorgelegt worden wäre, dann hätte man ihn annehmen können. (Heiterkeit.) So plaudern manche die Dinge aus, Herr Graf Mirbach! Dem Grafen Mirbach wurde Herr v. Bülow vorgehalten als einer, der den Grafen Caprivi angegriffen habe. Herr v. Bülow soll nun allerdings keine verantwortliche Stellung haben. Aber gerade er hat in dem Bund der Landwirthe eine so verantwortliche Stellung, verantwortlicher als Graf Mirbach, und Herr v. Bülow hat wiederholt die Forderung gestellt: Dieser Kanzler muß von seinem Platz fort. Dafür können die Konserativen die Verantwortlichkeit nicht von sich ablehnen. Wie sieht es mit Herrn v. Thüngen in Süddeutschland? Er ist allerdings nicht Mitglied des Reichstages; aber er war in der Tonart noch viel schärfer als Herr v. Bülow. Als Kompensationen sind in verschiedenen Theilen Deutschlands erschienen: Die Aushebung des Identitätsnachweises und die Aufhebung der Staffeltarife. Graf Mirbach betrachtet die erstere Maßregel nicht als Kompensation für den russischen Handelsvertrag. Vor Jahren, als der Druck in den Ostprovinzen stärker war, da wurde der Identitätsnachweis allseitig verlangt. Wie ist ein Mittel, durch eine gesetzgeberische Maßregel die Wirkung des Zolles zu sichern, so kann sich der Osten bezüglich der Herabsetzung des Zolles von 5 auf 3,50 M. vollständig beruhigen. Ich habe anfänglich diese Maßregel nicht günstig beurtheilt, aber nach und nach eine andere Meinung davon gewonnen, namentlich seitdem die Vorlage die Gewährung von Einfuhrschneidern bei der Ausfuhr vorschlägt und die Verwendung der Scheine auch bei der Einfuhr anderer Waaren als Getreide zuläßt. Dadurch ist es unmöglich geworden, daß etwa auf Grund von solchen Scheinen eine künstliche Einfuhr im Süden oder Westen erfolgt. Aber die Wirkung dieser Maßregel hängt davon ab, daß auch die preussische Regierung die Staffeltarife aufhebt. (Zustimmung im Centrum.) Die Abstimmung über den Handelsvertrag wird davon abhängen, daß die Aufhebung der Staffeltarife gesichert wird und zwar vor der Abstimmung über den Vertrag. Die Herren im Osten behielten freilich am liebsten die Staffeltarife und nahmen die Aufhebung des Identitätsnachweises noch dazu. Aber die Herren werden selbst einsehen, daß das ganz unmöglich ist.

Auf die unwürdige Politik will ich nicht eingehen. Wir Deutschen haben nicht mehr Ursache, einen Krieg mit Rußland zu fürchten, als die Russen einen Krieg mit uns zu fürchten haben. Ein solcher Krieg, einerlei durch welche Veranlassung er hervorgerufen wird, ist ein großes Unglück für beide Nationen. Wir haben ebenso wie die Russen die furchtbaren Folgen eines solchen Krieges zu fürchten; das Menschenelend, die Kapitalverwüstungen, der Rückgang der Kultur, der dadurch hervorgerufen wird, können wir uns nicht leicht vergegenwärtigen. Alle Schrecken der Kriege der früheren Jahre werden an die Schrecken dieses Krieges nicht heranreichen. Wenn es möglich ist, mit Rußland nähere Handels- und Verkehrsverhältnisse herzustellen, dann sind die Güter, welche durch einen solchen Krieg aufs Spiel gestellt werden, auf beiden Seiten größer.

Graf Mirbach meinte, die größten Vortheile, die erreicht sind, sind erreicht durch den großen Värm der Agrarier. Das ist vollständig richtig, ganz abgesehen von der Methode, die dabei befolgt worden ist. Durch den Zollkrieg ist namentlich England ins Land gekommen und nur mit großen Opfern hat man die Einfuhr nach Rußland deutscherseits aufrecht erhalten. Deshalb

ist der Abschluß nach der langen Dauer des Jollkriegs ein sehr gutes Ergebnis für die Industrie. Ich gebe zu, daß eine sehr große Beunruhigung, eine sehr große Bewegung in der Landwirtschaft vorhanden ist, und zwar keineswegs bloß im Osten oder Nordosten, sondern in großen Theilen Deutschlands. Die Bewegung hat eine ungeahnte Bedeutung, eine beunruhigende Form angenommen. Ich habe früher schon gesagt, daß das landwirtschaftliche Interesse sich zu organisieren berechtigt ist, ebenso wie Handel und Industrie. Ich bedauere in hohem Grade, daß diese Organisation so spät eingetreten ist und gerade in einem Augenblicke, wo unerhörte niedrige Körnerpreise vorhanden sind. Hätten wir diese Organisation schon früher gehabt, wie Industrie und Handel, welche auch gute und schlechte Zeiten zu machen hatten, so hätte sich eher eine Ausgleichung herausgestellt. Eine so große Leidenschaftlichkeit hätte sich in einer althergebrachten Organisation nicht mehr so bemerkbar gemacht. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Die Landwirtschaft ist überhaupt in Europa in einer sehr gefährlichen Lage. Wer das bestreitet, muß gar keine Augen haben für die Weltproduktionsverhältnisse, für die Entwicklung der Verkehrsverhältnisse u. s. w. Es wäre die höchste Zeit, daß die frivole Belämpfung dieser Thatsachen in den Organen der linken Seite endlich einmal aufhört. Dadurch ist großes Unheil angerichtet, dadurch sind die Landwirthe mit großem Mißtrauen erfüllt gegen die Presse, wenn eine solche begründete Bewegung als unbegründet bekämpft wird. Wir wollen die Gleichheit für die verschiedenen Berufsstände. Daß bei den verbündeten Regierungen das Verständnis für die schwere Nothlage der Landwirtschaft vorhanden ist und vorhanden sein muß, müssen wir doch alle anerkennen. Die Angriffe gegen den Reichskanzler sind unberechtigt. Man wird dem Volke auf die Dauer nicht glauben machen, daß ein Reichskanzler, der keinen Grundbesitz hat, kein Verständnis für die Landwirtschaft habe. Ich bin sogar der Meinung, wenn der Reichskanzler zu sehr durch Privatgeschäfte angezogen würde, so würde dadurch die Erledigung der Staatsgeschäfte nicht gefördert werden. (Zustimmung links.) Wir haben an Kraft und Selbstgefühl in Deutschland wahrlich keinen Ueberfluß und noch weniger an Familien und Personen, die in alter Ueberlieferung geschult sind im Dienst des Militärs, des Beamtenbureaus, der Selbstverwaltung, der Politik. Und da möchte ich dem Abgeordneten Riedel sagen, daß, was der preussische Adel etwa im Anfang des Jahrhunderts und in den fünfziger Jahren genüßigt hat, hat er wieder gut gemacht seit 1867. Wir haben heute wahrlich Gegenstände genug, um nicht einen neuen verschärften Klassenkampf hervorzurufen. Ich bedauere sehr, daß in diesem Falle die Konservativen sich nicht haben entschließen können, diesen Vertrag anzunehmen, obwohl ein erheblicher Theil der Rechten unter Führung v. Manteuffels durch das Votum für den österreichischen Handelsvertrag diese Handelspolitik inauguriert hat. Sie sind auch durch Ihre Erklärungen vielleicht so gebunden, daß Sie schwer mehr zurück können. Aber Sie würden froh sein, wenn man Sie durch Annahme des Vertrages aus der furchtbaren Lage befreite, in der Sie sich befinden. (Sehr wahr! links.) Denn was sollte werden, wenn der Vertrag abgelehnt würde? Würde der Vertrag abgelehnt, so würde die Regierung gezwungen sein, den Reichstag aufzulösen und in der dann entstehenden Wahlbewegung alles daran setzen, eine Mehrheit zu gewinnen und Hand in Hand mit den Sozialdemokraten die Konservativen zu bekämpfen. Der Kampf müßte sehr ernsthaft geführt werden, wenn auch die Kombination eine ganz unnatürliche ist. Die Konservativen würden ganz erheblich zurückbleiben. Und was sollte man mit einem so gewählten Reichstag anfangen? (Weiterleit.) Etwas Positives würde er nicht leisten. Wenn dieser Reichstag besetzt würde mit Militär- und Marinebevollmächtigten! (Auf links: Ablehnen!) Natürlich, und die Majorität würde daran ihre helle Freude haben. Glauben Sie, daß dann eine Steuer zur Deckung der 60 Millionen genehmigt würde? Der russische Handelsvertrag bringt große Vortheile auf dem Gebiet des europäischen Verkehrs, er erschließt zum ersten Mal Rußland, er gewährt der Industrie nicht unbedeutende Erleichterungen, er legt der Landwirtschaft kein schwereres Opfer auf wie die Verträge mit Oesterreich und Rumänien. Dieser Vertrag, für welchen auch Kompensationen durch Aufhebung der Staffeltarife und des Identitätsnachweises gefunden werden könnten, der auch die Autorität der Reichsregierung gegenüber andern Mächten intakt läßt, wird und muß angenommen werden: er wird uns vor Krisen bewahren, vor welchen unser junger Staat sich am meisten hüten muß. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Vizepräsident Freiherr v. Voss: Herr Singer hat in seiner Erklärung vorhin am Schluß gesagt: Wenn mein Jura nicht parlamentarisch war, so war er doch jedenfalls sehr zureichend. Ich hatte Herrn Singer einen Ordnungsruf ertheilt, weil sein Zwischenruf nicht allein unparlamentarisch, sondern für einen Theil der Abgeordneten geradezu beleidigend war. Die Beleidigung hat er wiederholt und damit sich zu dem Ordnungsruf in Widerspruch gesetzt. Ich muß daher den Ordnungsruf wiederholen. (Bravo! rechts.)

Abg. Lutz (nl.) erhält gegen 5 Uhr das Wort; er nimmt den Bund der Landwirthe in Schutz und auch den Herrn von Thünen, obgleich derselbe kein Mitglied des Bundes der Landwirthe sei. Es ist noch nie gelungen, 180 000 Landwirthe in einen Verein zusammen zu bringen. Wir wollen die Gleichberechtigung der Industrie, aber die Gleichberechtigung muß auch eine gegenseitige sein. Wenn die Industrie 1867 nicht gemacht hat, als die Getreidepreise erhöht wurden; wir hätten auch nicht gewußt, wenn die Industriezölle erhöht worden wären. Die Trennung geht vom Reichskanzler aus, der sagt, daß die Interessen der Bauern nicht die des ostbayerischen Grundbesitzes sind. Der Reichskanzler Fürst Bismarck war anderer Meinung. Wagners liegt nicht rechts sondern links der Elbe, und die meisten bayrischen Vertreter haben gegen den rumänischen Vertrag gestimmt; sie werden auch gegen den russischen Vertrag stimmen. Die Zugeständnisse, welche die Industrie erhalten hat, bedeuten nichts; die Zölle sind immer noch so hoch, daß sie beinahe prohibitorisch wirken. Man spricht davon, daß die Landwirthe unter dem Einfluß von Suggestionen leiden. Das ist eher bei der Industrie der Fall; denn wenn die Zollernabstufungen die Industrie retten sollen, dann ist sie verloren. Trotzdem ertönt das Jubelgeschrei der Industrie, allerdings man weiß ja, wie es gemacht wird. Der Generalsekretär eines industriellen Vereins, Streckler, hielt in Köln einen Vortrag, in welchem er die Wertlosigkeit der russischen Konzessionen feststellte. Aber da kamen die einflussreichen Männer und brachten eine Resolution, welche sich für den russischen Vertrag aussprach. (Hört! rechts.) Der Weltmarktpreis wird nicht von Angebot und Nachfrage, sondern von der Börse gemacht; für Roggen würde Deutschland der Hauptmarkt sein und der Preisdruck würde unerträglich bleiben. Dabei muß man bedenken, daß Rußland zielbewußte Agrar- und Eisenbahnpolitik treibt. Der russische landwirtschaftliche Export ist sehr ausdehnungsfähig und gerade Deutschland wird in erster Linie davon bedroht sein, und zwar in allen Zweigen der landwirtschaftlichen Thätigkeit. Der Hopfenzoll wird erwähnt als Konzession für die Landwirtschaft. Der deutsche Hopfen muß 69 M. Zoll zahlen, der russische dagegen bei uns nur 14 M. Man sagt allerdings, der deutsche Hopfen sei Qualitäts-hopfen, der russische sei minderwerthig. So minderwerthig ist er nun gerade nicht. Er wird mit deutschem Hopfen vermischt und dann als deutscher Hopfen ins Ausland verkauft. Wir müssen eine gleichmäßige Behandlung des deutschen und russischen Hopfens verlangen.

Reichskanzler Graf Caprivi: Ich habe am 10. Dezember 1891 ausgesprochen, wir haben die Hoffnung, daß mit der Zeit noch andere Staaten sich diesen Verträgen anschließen werden. Am 29. Januar 1892 hat der Staatssekretär v. Marschall sich ähnlich ausgesprochen. Die Unterstellung des Vorredners, daß

wir mit unserer Absicht weiterer Verträge hinter dem Berge gehalten hätten, ist also hinfällig. Darauf wird nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen um 5 1/2 Uhr die weitere Berathung auf Mittwoch 1 Uhr verlag.

Abgeordnetenhaus.

24. Sitzung vom 27. Februar 1894, 11 Uhr.
Am Ministertische: Miquel, Thieleu.
Die zweite Berathung des Etats wird bei den einmaligen Ausgaben des Etats der indirekten Steuern fortgesetzt.

Zum Neubau eines Dienstgebäudes für das Hauptsteueramt für inländische Gegenstände in Berlin werden 180 000 Mark gefordert. Dieses Amt befindet sich jetzt auf dem Terrain des alten Posthofes, das für spätere Museumszwecke freigelegt werden soll. Dafür soll für das Steueramt ein Ersatzgebäude auf dem fiskalischen Grundstück Oranienburgerstraße 76 errichtet werden für 313 000 Mark, wovon jetzt die erste Rate mit 180 000 Mark eingestellt ist.

Abg. v. Buch (konf.): Auf die Gefahr, für einen kulturfeindlichen Barbaren gehalten zu werden, beantrage ich namens meiner Freunde die Streichung der Position. Das jetzige Dienstgebäude reicht für seine Zwecke vollkommen, es handelt sich eigentlich auch nur um die erste Rate für Museumszwecke. Unsere finanzielle Lage ist zu schlecht, um neue Gebäude aufzuführen, die mehr oder weniger Luxusbauten sein und Millionen kosten werden. Allerdings reichen unsere Museumsgebäude nicht aus, aber die neuen Gebäude schweben ja noch in sehr weiter Ferne, es soll nur nachher recht schnell gehen. Ein Plan für die Neubauten steht noch gar nicht fest. Deshalb lehnen wir die Forderung jetzt ab, ohne sie damit für alle Zukunft abzulehnen. Hier hat man Geld für solche Zwecke, aber am anderen Ende der Leipziger Straße verweigert man anscheinend die Mittel zur Abhilfe der Noth der Landwirtschaft. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Gobrecht (nat.): Eine sparsame Finanzverwaltung müssen wir im allgemeinen üben, aber nicht an einzelnen Positionen, wenn wir nicht das Verhältnis zwischen unseren verschiedenen Staatsausgaben alteriren wollen. Die jetzige Aufbeziehung unserer reichen Museumschätze können wir nicht fortauern lassen ohne Gefahr der Depressation unseres Vermögens.

Abg. Imwalde (Z.): Wir bewilligen diese Forderung.
Abg. Brühl (st.) spricht sich gegen die Forderung aus.
Generaldirektor der Museen, v. Schöue: Aus allem geht hervor, daß es sich um eine anerkannte Nothwendigkeit handelt, die noch verstärkt ist durch den glücklichen Erwerb der pergamentischen Denkmäler. Der jetzige Nothstand der Unterbringung dieser Schätze ist durchaus ein unwirtschaftlicher, weil die Schätze so ihren Zweck nicht erfüllen.

Abg. Gobelius (rl.) erklärt sich für seine Partei für die Bewilligung der Forderung.

Abg. Fleck (Z.) ist wegen der ungünstigen Finanzlage gegen die Position.
Abg. Hugo Hermes (Freis. Vp.) erkennt die Nothwendigkeit der Museumsvermehrung an. Wer dagegen wäre, würde sich den Unwillen der ganzen gebildeten Welt zuziehen. (Oh! rechts.)

Abg. v. Buch weist darauf hin, daß der jetzt beschämende Zustand der Museen noch weiter bestehen bleiben würde, denn es soll nur ein Theil des alten Posthofes-Gebäude für das Museum frei gemacht werden.

Abg. Hauptmann (Z.) ist gegen die Forderung, weil jetzt kein Geld für solche Zwecke da sei.
Die Petition wird mit schwacher Mehrheit gegen die Stimmen der Freisinnigen und etwa je der Hälfte der Freikonservativen und desentrums, sowie der großen Mehrheit der Nationalliberalen abgelehnt.

Der Rest des Etats wird ohne Debatte bewilligt.
Es folgt der Etat der Bauverwaltung. Die Einnahmen werden ohne Debatte bewilligt.
Bei den dauernden Ausgaben und zwar beim Ministergehalt wünscht

Abg. Lohmeis (nl.), daß zugleich mit der Korrektur der Mofel die Kanalisierung der Bahn vorgenommen werde.

Abg. Wallbrecht (nl.) beklagt sich darüber, daß für den Mittelkanal nicht von vornherein generell die ganze Linie festgesetzt worden ist.

Abg. Weibzahn (nl.) wünscht eine Verbesserung des Fahrwassers des Köhlbrands zwischen der Süderelbe und Norderelbe und die Beseitigung der Hindernisse, welche die Elbe zwischen Harburg und Hamburg dem übrigen Verkehr durch Eisverhältnisse und durch Störungen auf der Fahrlinie entgegensetzt, durch den Bau einer festen Brücke über die Elbe.

Minister Thieleu: Zur Verbesserung des Köhlbrands sind bereits zwei Projekte aufgestellt worden. Auch das Bedürfnis der neuen Brücke erkenne ich an, dieselbe erfordert aber sehr große Mittel, zu denen erst die Interessenten beizutragen bereit sein müssen.

Abg. Knebel (nl.) begrüßt die Entwicklung des Rheinschiffahrts-Verkehrs bis Köln hinauf mit großer Freude. Gegen die Seeschiffahrt auf dem Rhein beständen aber noch immer große Hindernisse, wie z. B. die 7 großen Brücken zwischen Köln und der Nordsee. Für die Verbesserung des Fahrwassers sei unsererseits schon viel geschehen, Holland lasse es aber an dem gleichen Bestreben fehlen, obwohl unser Handelsvertrag mit Holland dieses dazu verpflichtet. Vielleicht könne man durch Kündigung dieses Vertrages einen Druck auf Holland ausüben. Ohne Kündigung der Brücken ließe sich aber ein namhafter Schiffsahrtverkehr auf dem Rhein nicht erzielen; mit 7 1/2 Millionen sei diese Kündigung durchzuführen, wie das Projekt eines Ingenieurs nachweise.

Geheimrath Schulz: Die Regierung sei mit dem Plan der Korrektur des gesammten Rheins beschäftigt.

Abg. Radtke (Z.) wünscht, daß die Kreis-Bau-Inspektoren nicht am Sitze der Regierung, sondern in dem Kreise selbst domicilirt seien, wo sie zu wirken haben, und daß die Baubeamten bezüglich der Dienstaltersklassen mit den Assessoren gleichgestellt werden. Wenn man die Wünsche der Baubeamten nicht erfüllt, wird sich bald ein Mangel an Baumeistern fühlbar machen.

Minister Thieleu: Wir denken nicht daran, die Kreis-Bau-Inspektoren in die Regierung hinein zu nehmen. Die Reorganisation der Wasserbau-Verwaltung entspricht den Wünschen der Wasserbau-Techniker.

Der Titel wird nach längerer, aber unerbittlicher Debatte bewilligt.

Bei den Ausgaben für die Strombaubeamten wünscht Abgeordneter Gothein (Fr. Vg.) eine Vermehrung der Strommeister auf der Oder.

Der Rest des Extra-Ordinariums wird ohne Debatte bewilligt.

Die einmaligen Ausgaben werden nach längerer, aber gleichfalls unerbittlicher Debatte bewilligt.
Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr (Kultusetat).

Lokales.

Aufforderung! Da Anfang März d. J. die Lokalliste von Berlin und Umgegend im „Vorwärts“ veröffentlicht wird, fordern wir die Lokal-Kommissionen der Umgegend auf, ihre Listen einzuschicken, so weit es bis jetzt noch nicht geschehen ist.

Die Berliner Lokal-Kommission.
J. A.: G. Sumpel, Barnimstr. 42.

Arbeiter-Vorbereitungsschule. Am Donnerstag, den 1. März, beginnt in der Südost-Schule, Reichsbergerstraße, ein neuer Abschnitt im Kursus Geschichte, und zwar wird die Königlich Kaiserzeit behandelt. Schüler und Schülerinnen werden nachmals auf diesen Kursus hingewiesen; auch können solche noch jetzt neu eintreten.

Volks-Kaffeehäuser. Auf unsere Mittheilungen in der Dienstagnummer erhalten wir von beteiligter Seite eine Erwiderung, welche wir, wenn sie auch unsere Veröffentlichung nur in nebensächlichen Dingen widerlegt, dennoch, um nicht ungerecht zu scheinen, unverkürzt zum Abdruck bringen:
Die Bestrebungen der Volks-Kaffee- und Speisehallen-Gesellschaft zielen allerdings darauf hin, dem Branntweingenuß entgegenzuarbeiten und das Beispiel billiger und guter Volksernährung zu geben, wie es ja in Privatwirtschaften immer größere Nachahmung findet. Im Uebrigen hat die Gesellschaft in ihren Berichten wiederholt und wo sich sonst die Gelegenheit dazu bot, stets betont, daß ihre Hallen keine Wohlthätigkeitsanstalten sein sollen, sondern in rein geschäftlicher Weise mit der Absicht der Erzielung von Gewinnbetrieben werden.

Daß mit dem erzielten Ueberfluß die zwei „Prachtbauten“ der Gesellschaft ausgeführt werden konnten, ist ein Irrthum. Die Häuser Neue Schönhauserstraße 18 und Chausseestraße 88a kosteten zusammen 1 188 000 M. Daraus sind 684 000 M. Hypotheken gewonnen und der Rest durch die nicht leicht unterzubringenden 269 Antheilscheine à 1000 M. gedeckt, die höchstens 5 pSt. Dividende erhalten, wie sie in Wirklichkeit in den letzten Jahren erhalten haben. Der übrige Gewinn bleibt dem Unternehmen für weitere Verbesserungen desselben, eventuell um in theureren Zeiten die gewohnten Preise aufrecht erhalten zu können.

Sofern die Hallen in der bisherigen Weise weiter geleitet werden, ist die Verzinsung des Kapitals zu 5 pSt. eine ziemlich wahrscheinliche. Dafür fehlt indessen die nötige Sicherheit und darin liegt der Grund für die Schwierigkeit, weitere Zeichner von Antheilscheinen und somit die nötigen Fonds zum Bau neuer Hallen zu finden.

Der Vorstand der Gesellschaft hat nie die Behauptung, daß in den Hallen fünf Mahlzeiten für 90 Pf. täglich eingenommen werden können, in die Zeitungen lancirt. Wer sich indessen einermahnen begnügen will, könnte mit 90 Pf. auskommen, wie folgende Aufstellung zeigt: Morgens: 1 Tasse Kaffee mit zwei Schrippen 10 Pf. Vormittags: 1 gestrichene und 1 belegte Stulle 15 Pf. Mittags: Suppe, Fleisch und Gemüse, große Portion, 30 Pf. (als Regel wird die 2/3 Portion zu 20 Pf. genommen). Nachmittags: 1 Tasse Kaffee mit zwei Schrippen 10 Pf. Abends: 2 belegte Stullen oder Fleisch mit Gemüse 20 Pf., 1 kleines Glas Bier 5 Pf., 25 Pf. Zusammen 90 Pf.

Die letztere Aufstellung dünkt uns, hätte die Gesellschaft sich lieber sparen sollen. Schon gestern erwähnten wir, daß gewiß mancher Arme mit weniger als 90 Pf. sein tägliches Dasein tristen muß; ob aber, selbst jenseit Genügsamkeit vorausgesetzt, als sich von dem gesunden Menschenverstand nur irgendwo erhoffen läßt, ein Mensch auf die Dauer bei täglich angestrengter Arbeit von dem 90-Pfennigsgrezept ohne Schädigung der Gesundheit leben kann, ist eine Frage, welche die Kaffeehausherren, wenn sie in sich gehen, wohl selber kaum bejahen mögen.

Im übrigen freut es uns, daß die Gesellschaft ausdrücklich hervorhebt, daß sie nicht in die Rubrik der orthodoxen Wohlthätigkeitsanstalten eingereiht sein will.

Die Ermäßigung der Preise für Monatskarten im Verkehr der Stadt- und Ringbahn mit den Vorortbahnen, welche seit 1. für die Verbindungen auf den Strecken bis Grünauwald, Königswusterhausen und Station Grunewald bereits eingeführt worden war, tritt nunmehr am 1. März auch für den Vorortverkehr in dem Direktionsbezirk Altona — Spandau bis Finkenkrug und Direktionsbezirk Bromberg — bis Räderdorf und Straußberg — in Kraft. Die Nebenartenpreise sind jedoch auch für diese vom 1. März ab mit in betracht kommenden Vorortbahnstrecken in Verbindung mit der Stadt- und Ringbahn zumeist entsprechend höher, als die Hälfte des Preises einer Stammkarte, da wie bereits früher hervorgehoben, in Stadt-Ringbahn-Verkehr Nebenarten überhaupt nicht ausgegeben werden, mithin auch nicht bei Durchgangskarten geringere Preise für solche berechnet werden dürfen. Für die Verbindung mit der Wannesebahn bis Werder steht die Ermäßigung noch bevor und wird voraussichtlich mit Beginn des Sommerverkehrs Giltigkeit erlangen.

Aus dem städtischen Obdach dringt folgender Klageruf zu uns: Im Sommer, wo sich den Kisliten die relativ beste Arbeitsgelegenheit bietet, werden sie selten vor 9 Uhr aus dem Obdach entlassen; im Winter dagegen müssen sie sich, ohne daß Rücksicht auf das Wetter genommen würde, öfter gleich nach 5 1/2 Uhr entfernen. Zu Hunderten versammeln sich die Armen am frühen Morgen auf dem Bahnhof Alexanderplatz, wo sie von einer Ecke in die andere gestossen werden, bis sich ihnen endlich um 7 Uhr die Wärmehalle öffnet. Sollte die Verwaltung des städtischen Obdaches es nicht einrichten können, daß die Kisliten sich in den Räumlichkeiten des Obdaches bis 6 1/2 Uhr Morgens aufhalten können?

Afzinger's Bierhalle. Uns wird geschrieben: Am Freitag Abend betreten zwei Hausdiener das neue Lokal in der Friedrichstraße, um bei einem Glase Bier die Einrichtung im Auge zu fassen. Im festen Glauben, daß mit der blauweißen Dekoration auch die bürgerliche Gemüthslichkeit eingezo-gen sei, und daß die Miel des Arbeiters in diesem Lokal denselben Werth hätten, wie die des Bourgeois, sahen sich die beiden Gäste nach einem Sitzplatze um. Raum hatten sie aber den hinteren Raum betreten, so nohte sich ihnen ein Kellner und machte sie darauf aufmerksam, daß der Ausschank für Leute ohne weiße Wäsche sich am Eingang des Lokals befinde. Mit weißer Wäsche war aber nur der eine der beiden Hausdiener versehen, die, übrigens wie bemerkt werden soll, beide unständig und sauber gekleidet gingen. Um aber weiter die Probe zu machen, gingen beide Gäste ans Buffet jurid, wo sie sich zwei Glas Bier bestellten. Aber auch der Buffetier trug Bedenken, dem Mann ohne weiße Wäsche das Verlangte zu verabfolgen, und dieser erhielt sein Bier erst durch einen Kniff seines Begleiters, indem dieser sich ein Glas Bier bestellte, dasselbe seinem Freunde gab und für sich ein neues forderte. Mit dieser Ueberlistung hatte der Gast in weißer Wäsche jedoch keinen weiteren Erfolg, denn die Verabreichung eines zweiten Glases wurde von dem in seiner Würde gekränkten Buffetier mit den Worten verweigert: „Ein zweites Mal wird es mir ja nicht passieren!“

Wir sind, wenn sich der Fall wie geschildert, verhält, mit unserem Gewährsmann der Ansicht, daß die Herren Gebrüder Afzinger zum Mindesten durch ein recht auffälliges Plakat vor der Thür ihres Lokals anzeigen sollten, daß Personen in Arbeiterkleidung zu ihrer „Bierquelle“ keinen Zutritt haben.

Von einem Eisenbahnzuge zermalmte wurde am Montag Nachmittag um 2 Uhr der 35 Jahre alte Maschinenführer Karl Senger aus der Steinmehstraße 2. Er war mit dem Zuge 61 aus Dresden hier angekommen und wollte, als die letzten Wagen aus der Halle des hiesigen Anhalter Bahnhofes heraus nach dem Rangierbahnhofe gefahren wurden, auf ein Trittbrett steigen. Dabei kam er zu Falle und wurde von dem Zuge zu einer unförmlichen Masse gerädert. Senger ist ein Sohn des Lehrers S. in Olfason, war verheirathet und hinterläßt eine Wittve mit zwei Kindern. Er war als Schlofferlehrling in der Eisenbahnwerkstatt eingetreten und hatte sich nach und nach zum Maschinenführer emporgearbeitet.

Ein Kavaller vom Scheitel bis zur Sohle. Wegen den Premier-Lieutenant Wilhelm August Kising, der, wie schon kürzlich mitgetheilt wurde, von Potsdam aus wegen verschiedener

Betrug-Manipulationen gesucht wird, ist nunmehr seitens der Staatsanwaltschaft ein Eredbrief erlassen worden. Kissing soll namentlich dringend verdächtig sein, sich an gewerkschaftlichen Glücksspielen beteiligt zu haben. Namentlich hat man ihn im Verdacht, derjenige gewesen zu sein, der durch Zeitungsinserate Geldleute aufforderte, ihm 15 000 Mark zur Sprengung der Pforten von Monats zur Verfügung zu stellen.

Unsere Bureaufratte. Der am 30. Dezember 1893 verstorbenen Renteneinpänger Arbeiter Wihl. Schöbe, so lautet eine Zuschrift der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Berlin, hat den für den Sterbemonat fälligen Betrag mit 10,15 M. noch in voller Höhe erhalten, während für die Zeit bis zum Todestage nur 9,52 M. zu zahlen waren. Der überhöbete Betrag von 0,63 M. ist von den Erben zurückzahlen und zwar porto- und bestellgeldfrei! Wenn wegen dreihundert Pfennige, die den Erben euentl. 25 Pfennig Portokosten verursachen, ein Schreibwerk für notwendig erachtet wird, dann versteht man, warum unsere sogenannte Sozialreform in erster Linie dem Beamtentum zum Segen gereicht.

Die Kunde von einem Mord und Mordversuch verbreitete sich gestern Morgen durch die Stadt. Die 50jährige Grüntrambhändlerin Bertha Körber, geborene Dettloff, Landsberger Allee 143, soll kurz nach Mitternacht in der verwichenen Nacht überfallen und, nachdem ihr ein Schwamm und ein Taschentuch auf den Mund gepreßt war, gewürgt sein. Als sie wieder zu sich kam, soll sie ihren 80jährigen Vater, den Arbeiter Karl Dettloff in seinem Bette erdroffelt vorgefunden haben. Ferner heißt es, daß die Frau einen Beutel mit 127 M. — 100 M. in Gold, 27 M. in Silber und ein Paar gestickte Schuhe vermißt habe. Als Täter wurde der Ghemann der Ueberfallenen, der Grüntrambhändler Franz Körber, der mit seiner Frau in Gheschcheidung lebt und in Pantow, Kaiser Friedrichstr. 71, wohnt, verdächtigt. — Der Vorgang, der von der Kriminalpolizei sofort an Ort und Stelle geprüft wurde, bedarf noch sehr der Aufklärung; es erscheint nicht ausgeschlossen, daß der an dem Geisse und seiner Tochter angeblich verübte Mord und Mordversuch auf Erfindung beruht. Die vorläufige Festnahme des Ghemanns ist allerdings erfolgt, aber auch Frau Körber ist gegen 11 Uhr Vormittags nach dem Polizeipräsidium geführt worden. Zur Verleuchtung der Angelegenheit mag noch dienen, daß die Ghegatten, die seit 15 Jahren mit einander verheiratet sind, sich am Montag bei einem Rechtsanwalt getroffen haben, und daß ein Termin in der Gheschcheidung auf den 21. L. M. ansetzt. Ob etwa wirklich falsche Anschuldigungen gegen den Ghemann vorliegt, dürfte sich bald entscheiden.

Ein Stück Hauswirthshumanität wird uns aus der Jägerstraße berichtet. Dort hat in einem Hause in der Nähe der Friedrichstraße ein Portier 26 Jahre treu und brav seinen Dienst versehen, bis er vor einigen Wochen krank wurde und nach wenigen Tagen starb. Das nächste, was der brave Hauswirth nach diesem Vorfall that, war, daß er der Witwe seines Portiers, einem alten Mütterchen, zum 1. April die Wohnung kündigte, die sie mit ihrem Mann 26 1/2 Jahre lang innegehabt hat. Es geht doch nichts über die Humanität im Klassenhaat.

Von modernen Beamtenpflichten. Ins Gesicht geschossen und schwer verletzt wurde in der vorigen Woche der 15jährige Arbeitsschürze Bauspel aus Glindow bei Werder a. H. Er war in die v. Hochow'sche Forst gegangen, um sich widerrechtlich eine Bohnenstange (?) abzubauen. Hierbei wurde er von dem Revierförster aus Kammerode betrossen und aufgefordert, das Beil herauszugeben. Dies that Bauspel nicht, sondern lief fort und sah sich, als er sich auf Glindower Gebiet befand, um. In diesem Moment erhielt der Unglückliche einen Schrotschuß von dem Förster, der ihn gerade ins Gesicht traf und ihn schrecklich zunichte. — Ein braver Mann, dieser Förster.

Zwei Stücke Seidenzeug wurden am Montag einem Geschätsdiener gestohlen, als er seinen Handwagen einen Augenblick unbeaufsichtigt vor dem Hause Jägerstr. 47/48 stehen lassen mußte.

Sein Verandagen eines falschen Zweimarkstücks wurde am Montag in einem Restaurant in der Mohrenstraße ein junger Mann abgefaßt. In seinem Besitz wurden noch zwei solcher Geldstücke gefunden. Ueber den Erwerb des falschen Geldes, sowie über seine Persönlichkeit verweigert der Unbekannte jede Auskunft.

Das Cyber der Sparsamkeit eines Hauswirthes wurde der Tischler M. Clemens, der vor einigen Tagen Abends um 9 Uhr seine Wohnung in der Zeughofstraße verlassen wollte und auf der dunklen Treppe derart unglücklich fiel, daß er eine Verletzung an der linken Hüfte erlitt, wodurch er wohl auf Wochen hinaus arbeitsunfähig wird.

Die ersten Störche sollen am Sonntag in Wannsee gesehen worden sein.

Polizeibericht. In der Nacht zum 26. d. M. wurde eine unter stützpolizeilicher Aufsicht stehende Frauenderson mit mehreren Knochenbrüchen vor dem Hause Beuststr. 69 auf dem Bürgersteige liegend aufgefunden und nach dem Krankenhause gebracht. Sie war aus einer im ersten Stock belegenen Wohnung entlassen worden. — Am 26. d. M. Morgens 8 Uhr wurde eine Frau auf der Treppe eines Hauses in der Heimstraße sich mittelst einer Schere die Auladern an beiden Armen und wurde nach Anlegung eines Verbandes nach dem Krankenhause gebracht. — Ein Schankwirth wurde Vormittags in seiner Wirthschaft in der Pleignersstraße erdrückt vorgefunden. — Auf dem Anhalter Kopfbahnhof wurde Nachmittags ein Lokomotivführer durch einen Rangirung überfahren und auf der Stelle getödtet. — Abends verlor sich auf der Wache des 38. Polizeiregiments eine wegen Taschendiebstahls verhaftete Frau sich mittelst ihres Outbandes zu erhängen. Da das Band jedoch zerriß, fiel sie zu Boden und zog sich eine bedeutende Verletzung an der Stirn zu. Sie wurde nach der Charite gebracht. — Vor dem Hause Esläherstr. 123 wurde ein Mann durch einen Pferdebahnwagen überfahren und am Kopf und Arme erheblich verletzt. — In der Nacht zum 27. d. M. wurde ein Klempner auf sein Gefährte von einem Schutzmännchen nach dem Krankenhause am Urban gebracht, da er durch Messerstücke an der Brust und am Unterleibe schwer verletzt war. Seiner Angabe nach ist er an der Zwölft. Apostelkirche von mehreren Personen überfallen, seiner Geldtasche beraubt und in der angegebenen Weise verletzt worden. — Die im Keller des Hauses Landsberger Allee 143 wohnhafte Händlerin Bertha Körber, geb. Dettloff, machte die Anzeige, sie sei in der Nacht zum 27. d. M. gegen 2 1/2 Uhr von zwei Männern in ihrem Schlafzimmer überfallen worden, die ihr einen Schwamm und ein Taschentuch in den Mund gepreßt und sie am Halse gewürgt hätten. Als sie wieder zu sich gekommen, seien die Täter verschwunden gewesen. Ihr 80 Jahre alter Vater, der Handelsmann Karl Dettloff, liege in einem anderen Zimmer tot im Bette und ein Beutel mit 127 M. in Silber und Gold sei von dem Tische verschwunden. Sie verdächtige zugleich ihren, von ihr getrennt lebenden Ghemann der That. Bei der ersten Feststellung wurde allerdings der alte Mann tot im Bette vorgefunden und daraufhin auch der Ghemann festgenommen. Bei den weiteren Ermittlungen hat sich jedoch als wahrscheinlich ergeben, daß der Ueberfall von der Körber, die sich in Geldnoth befand, erdrückt worden ist, daß sie selbst sich und ihrem Vater einen mit Giftäther getränkten Schwamm in den Mund gesteckt hat, um die Sache glaubhaft zu machen, und der alte Mann schließlich wider ihren Willen erdrückt ist. — Im Laufe des Tages fanden drei kleine Brände statt.

Gerichts-Beitung.

Ein neuer Prozeß Paasch und Genossen sollte gestern gegen die Mitangeklagten des bekannten jetzt in irrenärztlicher Behandlung befindlichen Antisemiten zum Austrag gebracht werden. Gegen Paasch ist das Verfahren vorläufig eingestellt worden. Vor etwa Jahresfrist stand in derselben Sache Termin an, die Angeklagten bestritten aber mit Erfolg die Zuständigkeit des Berliner Gerichts. Der Staatsanwalt legte Berufung ein, worauf das Reichsgericht den Befehl der Strafkammer wieder aufhob und das Berliner Gericht als zuständig erklärte. Die Anklage richtete sich gegen folgende Personen: 1. Kaufmann Karl Paasch; 2. Buchhändler Th. Fritsche, 3. Druckereibesitzer Franz Niemann, 4. Buchhändler Carl Lindz, 5. Buchdrucker Paul Radelli, 6. Dr. phil. F. Wesendonk, 7. Buchdrucker Ernst Hille und 8. Buchhändler Sch. Wertner, sämtlich in Leipzig. Von diesen Angeklagten waren nur Niemann, Minde, Radelli und Dr. Wesendonk erschienen. Wie erwähnt, ist gegen Paasch einstweilen nicht vorgegangen, Fritsche ist erkrankt und Hille und Wertner sind vom Erscheinen entbunden. Von den Angeklagten Minde, Radelli und Wesendonk wurde im gestrigen Termin wiederum der Einwand der Unzuständigkeit erhoben, den der, die Anklagebehörde vertretende Erste Staatsanwalt Dr. Treischer als unbegründet bezeichnete. Der Gerichtshof beschloß, diesen Einwand bei der Schlußberatung mit in Beröhung zu ziehen. Die Anklage wollte die erwähnten Personen verurtheilt wissen, weil sie als Drucker und Korrektoren an den Beleidigungen in der Broschüre „Eine deutsch-jüdische Gesandtschaft“ theilhaftig, sowie in derselben Eigenschaft an dem „Offenen Brief an den Reichskanzler von Caprivi“ schuld sein sollen.

In Betreff des Hauptlagepunktes, betr. die Broschüre „Eine jüdisch-deutsche Gesandtschaft“ stieß die gestrige Verhandlung sofort auf Schwierigkeiten. Bei diesem Theil der Anklage sind die Angeklagten Paasch als Verfasser, Fritsche als Verleger und Niemann als Drucker theilhaftig. Der Erste Staatsanwalt erklärte, daß dieser Punkt wegen Nichterscheins des Angeklagten Fritsche auscheiden müsse, er könne außerdem vorweg bemerken, daß er gegen den Angeklagten Niemann aus rechtlichen Gründen die Freisprechung beantragen werde. Es erübrigte somit jedes Eingehen auf die Broschüre „Eine jüdisch-deutsche Gesandtschaft“ und wurde zur Erörterung des „Offenen Briefes an den Reichskanzler v. Caprivi“ übergegangen.

Nach einer endlosen Verhandlung beantragte der Staatsanwalt die Freisprechung der Angeklagten Hille, Radelli und Niemann. Gegen Minde beantragte der Staatsanwalt 9 Monate Gefängnis und 200 M. Geldstrafe, gegen Wesendonk 3 Monat Gefängnis.

Nach längerer Beröhung beschloß der Gerichtshof, die Verhandlung bis Freitag Mittag 12 Uhr zu vertagen und zu diesem Termine den Zeugen Spöhr aus Leipzig zu laden, auf den Wesendonk sich zu seiner Entlastung berufen hatte.

Soziale Ueberlicht.

In Warchau bei Bunzlau steht ein Steinhewerstreik bevor. Die Meister haben den von den Gesellen vorgelegten Tarif abgelehnt. Scheitert ein nochmaliger Versuch an dem Widerstand der Meister, so wollen die Gesellen streiken. Es wird deswegen schon jetzt gebeten, den Zuzug fernzuhalten.

Also doch etwas gehoffen, daß sogenannte Arbeiterschuh-Gesell. In den sächsischen Fabriken hat die Kinderarbeit erheblich abgenommen. Statt 10 668 Kinder im Jahre 1891 wurden im folgenden Jahre nur noch 5244 beschäftigt.

Bedauerlich. Die armen Aktionäre der Halle'schen Maschinenfabrik und Eisengießerei werden in diesem Jahre voraussichtlich nur 27 pCt. Dividende erhalten, während im Vorjahre 85 pCt. zur Verteilung gelangten. Angesichts dieses Nothstandes unter den Aktionären werden hoffentlich die Arbeiter mit ihren Forderungen sich etwas einschränken, um die Noth der Kuponabschneider einigermaßen zu lindern.

Gegen „unfittliche Inserate“ hat der Heidelberger Verein zur Hebung der öffentlichen Sittlichkeit eine Petition an den Reichstag gerichtet. — Das ist ein billiger Weg, die Sittlichkeit zu „heben“, der kostet nichts — hilft auch nichts.

Eine Arbeitslosenstatistik für das Jahr 1893 hat das Gewerkschaftsamt in Braunschweig veranstaltet und folgenden Resultat erzielt: Durch Mangel an Arbeit waren arbeitslos: 948 Verheirathete mit 11918 Wochen, 600 Ledige mit 4965 Wochen, zusammen 1548 Personen mit 16 878 Wochen. Von diesen 1548 Personen waren: Verheirathet 796 mit 1810 Kindern und 211 ohne Kinder, Ledige 800, zusammen 4306 Personen inklusive der Frauen, welche durch Arbeitslosigkeit in Noth gerieten. Direkt durch Krankheit waren arbeitslos: 30 Personen mit 801 Wochen. Im Durchschnitt kommen auf die Person 10 Wochen 5 Tage.

Die Weber einer großen Fabrik in Mangelos (Die Niederlande) haben die Arbeit eingestellt. Als die Arbeiter vergangene Woche ein paar Streikbrecher zur Rede stellen wollten, veranfaltete die Gendarmerie eine Charge mit blanken Waffen. Die Regierung schickt noch fortwährend neue Truppen.

Ueberfüllung in allen Verufen, auch in den „gelehrten“. Den Theologen folgen die Juristen. Im Jahre 1886 war die Zahl der juristischen Studenten auf 2200 herabgegangen, im Jahre 1893 betrug sie 2900, ebenso ist die Zahl der Referendare bedeutend gewachsen. Die Konkurrenz unter den Proletariern des Geistes wird, wie man sieht, immer stärker, auch unter ihnen wird eine große Anzahl bald fühlen müssen, daß sie weiter nichts sind, als etwas bessere Werkzeuge in der Hand des Kapitals.

Die Zigarrenmacher in Amsterdam sind mit ihren Arbeitgebern in Differenzen geraten, die einen Ausstand zur Folge haben werden. Es wird deshalb dringend vor Zuzug nach dort gewarnt. Etwasige Unterstützungsgelder sind vorläufig an die hiesige Tabakarbeiter-Gesellschaft, Schäferstraße 19, zu senden.

Eine Arbeitslosen-Versammlung in Favoriten bei Wien, die von etwa 1000 Personen besucht war, nahm einen stürmischen Verlauf. Nach Schluß der Versammlung zog ein großer Trupp, freiwilliger singend und von berittenen Schutzleuten gefolgt, durch die Straßen, bis er von einer größeren Abtheilung von Wachmännern zerstreut wurde.

Die Arbeitslosigkeit ist in Amerika eine ebenso große als bei uns. Die von den hungernden Proletariern hart bedrängten Behörden müssen zum Mindesten den Versuch machen, die Noth zu lindern. In Boston fand, wie der „Frankf. Zig.“ gemeldet wird, am 20. Februar eine Versammlung von Arbeitslosen statt, die von 5000 Personen besucht war. Nachdem einige sozialistische Redner gesprochen, zog die Masse ruhig und — wie das in Amerika selbstverständlich ist, ohne von dem Polizeiknäuel bedroht zu werden, nach dem Staatsgebäude, um eine Abordnung von zwei Mann an den Gouverneur abzusenden. Man bedeutete ihm, daß die Legislatur es diesmal nicht bei Worten bewenden lassen dürfe, man wolle Thaten sehen. Schließlich verließ sich die Menge, nachdem der Sprecher der gefeggebenden Versammlung angekündigt hatte, daß ein Ausschuss eingesetzt worden sei, um Mittel zur Abhilfe der Noth in Vorschlag zu bringen.

Verfammlungen.

Zur Berichterstattung über den sozialdemokratischen Studenten-Kongreß in Genf war eine Volksversammlung von dem Genossen Räder am 26. d. M. nach den Germania-Sälen zusammenberufen worden. Da nicht nur die sozialdemokratischen Studenten, sondern auch der Verein deutscher Studenten durch einen besonderen Aufruf die gesamte Studentenschaft zum Besuch dieser Versammlung eingeladen hatten, waren Tausende schon so frühzeitig zusammengetrömt, daß man schon um 1/2 Uhr wohl an 3000 Menschen, Männlein und Weiblein, in drangvoll fürchterlicher Enge im Saale zusammengepreßt ein Schwibbad nehmen sah mit einer Ausdauer, die an Todesverachtung grenzte. Die Polizisten, die in hellen Scharen, natürlich auch hoch zu Ross, zur Stelle waren, sperren das Lokal ab, so daß es selbst den beiden Referenten Dr. Luz und Dr. Jadel zunächst nicht gelingen wollte, hineinzukommen und die Versammlung längere Zeit genöthigt waren, sich die Zeit nach besten Kräften zu vertreiben. Eine Anzahl Akademiker hatte sich hinter dem geschlossenen Vorhange der Saalbhühne ein lauschiges Plätzchen ausgesucht, und als nun plötzlich der Vorhang zur Seite glitt, wurde Deutschlands goldene Jugend mit Jubel begrüßt. Als es den Referenten endlich gelang, in den Saal hineinzuschlüpfen, konnte zur Eröffnung der Versammlung geschritten werden. Es wurde ein sozialdemokratisches Bureau mit Räder als Vorsitzenden gewählt. Dies veranlaßte den Stud. Sarwey, die Anwesenden, auch Sozialdemokraten zu einer am Donnerstag in der Tonhalle stattfindenden Studentenversammlung einzuladen, da die gegenwärtige Versammlung, in welcher die Sozialdemokratie dominiert, nicht berufen sei, über akademische Fragen abzuurtheilen, was eine lärmende Freude bei den deutschen Studenten hervorrief. Nunmehr endlich konnte Genosse Dr. Luz mit seiner Berichterstattung über den internationalen sozialistischen Akademiker-Kongreß in Genf beginnen. Der Kongreß ist bereits in Nr. 41 des „Vorwärts“ (18. Februar) prinzipiell behandelt und ist auch im Ausschusse hietan ein Bericht erschienen, weshalb wir an dieser Stelle von einer erneuten Berichterstattung absehen können. Dr. Luz wies auf die gemeinsamen Berührungspunkte der Proletariat des Kopfes und der Hand, auf die geistige Reichthum durch den Kapitalismus hin, beide gehören im Kampfe gegen den Kapitalismus zu einander. Er rief die Studenten, die Nationalökonomie, die soziale Frage gründlich zu studiren. Dies sei die propagandistische Aufgabe, die den Studirenden zufalle, in ihren Kreisen immer neue Anhänger zu gewinnen für die Idee des Sozialismus. (Beifall.) Eingangs seines Referates wies Dr. Luz auf die schwierige Stellung hin, welche unter den heutigen Verhältnissen die sozialdemokratischen Studenten einnehmen, indem sie es nicht wagen dürfen, sich offen zur Sozialdemokratie zu bekennen, da sie in diesem Falle sofort relegirt werden würden. Die Anhänger der Partei bieten keine Gefahr. Hier, wo es sich um sozialdemokratische Studenten handelt, berufe man eigene Studentenversammlungen ein, um die Sozialdemokraten unter sich kennen zu lernen und dann vielleicht ebenso zu verfahren, wie es in Freiburg geschehen sei, wo wegen Vertheilung von Wahlflugblättern Studenten benutzirt worden seien. (Laute Pfarrufe.) Deshalb forderte er die anwesenden sozialistischen Studenten auf, trotz aller sicher nicht ausbleibenden Provokationen sich nicht zum Worte zu melden. Und sie blieben thätig nicht aus, diese Provokationen, denn die „Nationalen“ nannten dies „Freiheit“ und hielten dieses arme Wort fast zu Tode. Dr. Jadel behandelte hierauf das Thema: „Die Studirenden und der Sozialismus“. Derselbe begann mit der Thätigkeit Lassalle's und der von ihm verübten Allianz der Arbeiter und der Wissenschaft und schilderte die Entwicklung der Sozialdemokratie aus kleinen Anfängen bis zu ihrer heutigen Größe. Von dieser weltbewegenden Erscheinung blieben die Studenten fast ganz unberührt. Sind Ihre Ideale verschwunden? rief er diesen zu. Haben Schiller, Goethe, Lessing und Fichte umsonst zu Ihnen geredet? Die Antwort der Studenten auf diese Frage war ein höhnisches Gelächter. Die Jugend soll zwar genießen, meinte Dr. Jadel, aber auch den Ernst der Zeit begreifen und erkennen, was die Welt in zwei feindliche Heerlager trennt. Wir verlangen von Ihnen (Studenten) nicht, daß Sie Sozialdemokraten werden sollen. Was wir verlangen, ist, daß Sie unbefangenen sehen und hören sollen, in Arbeiter-Versammlungen gehen und prüfen, was die Arbeiter wollen, und nicht mit dem üblichen Hochmuth der Bourgeoisie auf die Arbeiter herabblicken. Wenn Sie die beiden sich gegenüberstehenden Heerlager betrachten, dann kann Ihnen die Wahl nicht schwer werden. Wir appelliren an die Jünger der Wissenschaft, weil der Sozialismus Wissenschaft ist. Auch Sie sind vom Kapitalismus abhängig, werden von ihm gedreht und ausgebeutet, auch bei Ihnen herrscht Ueberproduktion. Der moderne Staat hat wohl Mittel für Kriegs-, doch leider wenig für Kulturzwecke. Heute kann ein akademischer Beruf kaum noch anständig seinen Mann ernähren. Der Akademiker ist genöthigt, auf jede selbstständige Meinung zu verzichten und reich zu heirathen. Einen Goldstücken zu fangen ist heute vielfach der Zweck des Studirens. Je höher Rang und Titel, desto besser die Ausichten auf eine reiche Heirath. Das ist auch Prostitution. Heute ist das akademische Studium das Monopol des Westges. Viele Talente verkümmern, weil sie keine höhere Bildung genießen können. Das Kapital der Besitzenden wird durch das bürgerliche Strafrecht geschützt, das Kapital der Besitzlosen, die Gesundheit, wird in Fabriken, Wohnungen u. ungestraft geschädigt. In eingehender Weise schilderte Redner, wie den Studenten nach ihrem Eintritt ins praktische Leben die Massengesetze sich aufdrängen und diese zu den Anschauungen der Sozialdemokratie bekehren müssen. Die Zukunft braucht Männer der Wissenschaft in ungeahnter Zahl. In der Zukunft wird es auch keine geistige Ueberproduktion geben, da werden auch Sie lohnende Thätigkeit in Fülle finden. Ein bekannter Professor der Berliner Universität hat die Studirenden die Leibgarde der Hohenzollern genannt, sorgen Sie dafür, daß Sie die Avantgarde der Sozialdemokratie werden. (donnernder Beifall, lärmender Widerspruch.) Stud. Sarwey als erster Diskussionsredner glaubte sich zum Vorträger aller anwesenden Akademiker berufen, die Beleidigungen des Dr. Luz (Auf: Freiburg!) sowie den Vorwurf, daß die Studenten sich um nichts kümmern, wies er entschieden zurück. Er behauptete, daß die deutschen Studenten auch in den Arbeitern ihre deutschen Brüder sähen, welche Behauptung allerdings starkem Zweifel begegnete. Die Studenten seien erschienen, um ihren Arbeiter-Brüdern zu sagen, daß sie national gesinnt seien und auch sozial fühlten, aber nicht mit den sozialdemokratischen Parteiführern und sozialistischen Studenten Brüder sein wollten. Er erließ nochmals eine Einladung zur Versammlung in der Tonhalle. (Auf: Ist boykottirt!) Dafür können wir nicht. (Heiterkeit.) Dort werden die deutschen Studenten beweisen, daß sie monarchisch gesinnt, daß sie die Leibgarde der Hohenzollern und des Deutschtums sind, aber niemals die Vorgarde der Sozialdemokratie werden würden. (Wühender Beifall der Studenten, beläubender Lärm.) Die nationale Entzignung der deutschen Studenten wurde, wenn möglich, noch gesteigert durch die Verlesung eines Schreibens der Kieler sozialistischen Akademiker durch Räder, in welchem jene den sozialistischen Studenten Berlins ihre Freude ausdrückten über ihr Vorgehen und bedauern, nicht der Versammlung beizuwohnen zu können. Sie betrachteten sich nur als Glied in der großen allgemeinen Proletariatsbewegung und verwiesen das Gebahren und die Raufkuff vieler Studenten, welche nur in dem Juhälterthum ein würdiges Seitenstück fände. Dem Gefühle der Entzignung über dieses „infame“ Schreiben gab Herr Viktor Wangemann, Angermünde beredten Ausdruck und meinte sodann: Ihre (sozialdemokratische) Presse giebt sich den Anschein, als hätte sie das Volkswohl in Verpacht genommen. Das ist eine Lüge! (Lärm.) Sie können

